Antifa-Nachrichten-Doku

#9 - Oktober '95
A 13803 - 3,50 DM



Grenzen auf für alle!

Ahoi, du Skipper auf den Wellen des Lebens!

Diesmal ging es ja etwas schneller. Nachdem sich die Auslieferung der letzten Ausgabe um eine Woche verzögert hat, sind wir diesmal wieder pünktlich und gehen mit großen Schritten auf die Winterpause zu. Und was gibt's neues zu berichten? Vor allem, daß wir jetzt eine neue Rubrik eingerichtet haben, das PORTRAIT. Führende Rechtsextremisten werden an dieser Stelle vorgestellt, wenn sie bundesweit oder auch international interessant sind. Dann sollte eigentlich diesmal eine Liste mit toten Flüchtlingen ins Heft, die aber nicht mehr reingepaßt hat. Und da morgen schon Drucktermin ist, schaffen wir's auch nicht mehr, das Layout nochmal umzustellen. Ist also auf die November-Ausgabe verschoben. Allerdings kann sie auch bei den Edelweiß-Piraten in Berlin angefordert werden, da es diese Liste auch als Flugblatt gibt, das auch ab und zu aktualisiert wird. Ansonsten möchten wir uns an dieser Stelle bei einigen Leuten bedanken:

Bei **allen**, die uns mehr oder weniger regelmäßig mit Infos versorgen...

bei den **Toten Hosen** für die großzügige Spende, die wir gut gebrauchen können...

bei **Steffi**, die uns sehr geholfen hat, den Index neu zu organisieren...

bei **Anne**, die schon viele Stunden für unsere Zeitung an der Druckmaschine stand...

und vor allem bei **Rosel**, der alten Freundin (sie würde auch "Genossin" sagen), die vor einigen Tagen gestorben ist. Sie hat einigen von uns mit ihrer Erfahrung, ihrer Wärme und ihrer Konsequenz im Kampf gegen die Nazis viel gegeben. Daß Rosel tot ist, ist drin im Herzen noch gar nicht richtig angekommen.

So funxioniert diese Zeitung:

Die ***Was geht ab?*** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** (fällt diesmal nochmal aus), **Portrait** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #9
Erscheinungsdatum:
1. Oktober 1995
2. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel:
Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich
Sammelanschrift für alle:

Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- O **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - O **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
  - O **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
  - O **Archiv-Abo (#1-15) für 45 DM**
- O **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
  Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______
  für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale
  - O **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

INHALT:

Folgende **Quellen** haben wir für diese Ausgabe benutzt:

AIM-Info
Antifa Dresden
API = Antifa-Presse-Info
AZ = Ansbacher Zeitung
BBZ = Berlin-Brandenburger Zeitung
BeZe = Berliner Zeitung
Bild
BM = Berliner Morgenpost
bnr = blick nach rechts
DESG Inform
DNZ = Deutsche Nationalzeitung
DWZ = Deutsche Wochenzeitung
FAZ = Frankfurter Allgemeine
FNP = Frankfurter Neue Presse
FR = Frankfurter Rundschau
JF = Junge Freiheit
JRE
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadt-Anzeiger
MZ = Mitteldeutsche Zeitung
ND = Neues Deutschland
NE = Nation + Europa
NIT = Nationales Infotelefon
NTb = Naumburger Tageblatt
PS = Preußenspiegel
RAG = Antirassistische Gewerkschaftsztg.
REP = Republikaner
Rosa Antifa
SRZ = Sulzbach-Rosenberger Ztg.
SZ = Süddeutsche Zeitung
TATblatt
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
Umbruch
WaS = Welt am Sonntag
WGA = Eigener Bericht

Hey Abonnentin!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir auch noch eine extra Benachrichtigung.

Rosel ist tot

Im August starb unsere Freundin Rosa Näser aus Chemnitz im Alter von 80 Jahren. Rosel war seit drei Jahren Mitglied der Edelweiß-Piraten und stolz darauf, weil sie auch schon vor 50 Jahren bei den EPIs aktiv war. Als junge Frau beteiligte sie sich an Aktionen gegen die Nazis, bei denen sie oft ihr Leben riskierte. Zum Beispiel, als sie nachts in der Wohnung eines SA-Mannes einbrach und dessen Stiefel klaute. Noch in der selben Nacht versteckten sie antifaschistische Flugblätter in der Fabrik, in der er arbeitete und hinterließen dabei Fußspuren von den Stiefeln. Diese wurden nach der Aktion heimlich zurückgebracht und als die Gestapo am folgenden Tag die Schuhe aller Arbeiter kontrollierte, fanden sie seine Stiefel. Der SA-Mann wurde verhaftet.
Bei diesen Aktionen lernte Rosel auch ihren späteren Mann Erich kennen, mit dem sie bis zu seinem Tod vor drei Jahren zusammenlebte. Diesen Verlust hat sie nie verwunden. Trotz allem zog sie noch bis vor einem halben Jahr los, um z.B. in ihrem Wohngebiet nachts faschistische Parolen zu übermalen oder antifaschistische Plakate zu kleben. Jeden Monat fuhr sie noch nach Berlin, um hier andere alte Antifaschisten zu treffen. In Chemnitz hatte sie Kontakt zu jüngeren Antifas und war noch in der PDS aktiv.
Rosels Tod ist ein großer Verlust.

Wenn der Wind im Herbst
über die schon kalten Straßen
fegt.
Und eisig im Gesicht an einem
zerrt.
Dann kommt die Erinnerung
zurück.
An den letzten Winter.
Die Kälte von damals, an den
"Gräbern der Sozialisten",
war nicht so schlimm wie dies.
Die Erinnerung an Chemnitz,
das für Dich immer noch
Karl-Marx-Stadt war.
Die Erinnerungen an Dein
bescheidenes Leben, von dem
Du doch so viel wolltest.
Die Erinnerungen, die Du mir
gegeben hast, machen nun
Platz.
Der Erinnerung an Dich.
Es gibt Menschen,
Persönlichkeiten, die niemand
ersetzen könnte.
Du gehörtest dazu.
Tschüß, Rosel

Fortbestand der NF

FAZ 22.8., JW 14.9.95 - Seit dem 7. September '95 läuft vor dem Landgericht Dortmund ein Prozeß gegen **Meinolf Schönborn**, dem früheren Vorsitzenden der ***Nationalistischen Front (NF)***. Die Anlage wirft dem 40jährigen und zwei weiteren früheren NF-Mitgliedern vor, die Ende 1992 verbotene NF unter anderem durch den Handel von NS-Schriften und Aufklebern weitergeführt zu haben. Die beiden anderen Angeklagten sind **Eckhard Scholz** (2. NF-Vorsitzender) und der Ex-Kassenwart der NF, **Stefan Pielert**. Den Angeklagten drohen nach Angaben eines Gerichtssprechers Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren. Schönborn war am 22. November '94 in Gütersloh festgenommen worden, jedoch setzte das Landgericht den Haftbefehl kurz danach wieder aus und ließ Schönborn frei. Dabei ist die Fortführung der Organisation offensichtlich. Nicht nur daß der seit Jahren existierende NF-Versand unter anderem Namen aber mit den gleichen Aufklebern etc. weitergeführt wurde. Auch aus dem im Prozeß vorgelesenen „Bericht zur Lage", welchen Schönborn erstmals nur einen Monat nach dem NF-Verbot herausgab, ist klar zu erkennen, daß die Organisation weiter existiert. In einem späteren Bericht hebt Schönborn hervor, daß der Organisationsgrad und die Infrastruktur weiter verbessert wurden. Aus Papieren, die Schönborn abhanden gekommen sind und der grünen Bundestagsabgeordneten **Annelie Buntenbach** zugespielt wurden, geht hervor, daß die Größe und Organisierung der (Ex)-NF besser ist, als jemals zuvor. Danach zählten um die Jahreswende 1993/94 etwa 830 Personen zum engeren Umfeld von Schönborn. Und beim mittlerweile unter dem Namen ***Haitabu*** agierenden Verlag von Meinolf Schönborn wurde bei einer Hausdurchsuchung Ende August eine beachtliche Menge rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt. Schönborns Rechtsanwalt **Dr. Eisenecker** versucht mit allen Mitteln, die von seinem Mandanten verfaßten Berichte und Rundschreiben als rein private Briefe an seine „Fangemeinde" darzustellen. Er vergleicht sie mit Gemeindebriefen von diversen Glaubensgemeinschaften. Abzuwarten bleibt, inwieweit die Kammer der Anklage folgen wird. Wie der Vorsitzende Richter den Hauptangeklagten Schönborn persönlich einschätzt, hat er bereits geäußert: „Zu den führenden Rechtsextremisten zähle ich ganz andere". Doch daß Schönborn nicht der Chef eines unwichtigen Vereins, sondern einer straff organisierten Kaderorganisation war und ist, macht das Material deutlich, das Frau Buntenbach präsentierte. Demnach werde die NF durch mehrere Vorfeld- und Nachfolgeorganisationen weitergeführt. Neben dem harten Kern gibt es Kontakt zu etwa 9.000 weiteren Sympathisanten. Einiges läuft jetzt über den nicht verbotenen ***Förderkreis Junges Deutschland***, der von jeher mit der NF verbunden war. Außerdem gab es bereits vor zwei Jahren ein Strategiepapier, in dem angekündigt wurde, daß ein Großteil der NF-Mitgliederstrukturen nun in „autonome Kameradschaften" umgewandelt werden, die nach außen hin unabhängig angieren sollen, aber über einzelne Kader weiterhin vernetzt und in die Gesamtstruktur integriert bleiben. Währenddessen wies Innenminister **Manfred Kanther** den Vorwurf von Frau Buntenbach zurück, daß die Regierung das NF-Verbot nicht wirklich durchsetze. Kanther meinte, daß Schönborn heute maximal auf 50 Aktivisten zurückgreifen könne. Das NF-Schulungszentrum in Detmold-Pivitsheide bezeichnete das Ministerium als Wohnung von Schönborn, in dem nur noch Treffen von 5-10 Personen stattfinden würden. Tatsächlich hat dieses Haus weiterhin eine wichtige Funktion zur Koordinierung der bundesweiten NF-Nachfolgestruktur.



Eckhard Scholz und StefanPielert

Schönborn verteidigt Naumann

JW 31.8.95 - Wie schon in der letzten WGA berichtet, offenbarte sich der altgediente Nazikader und NS-Terrorist **Peter Naumann** den Behörden. Er führte sie zu insgesamt acht Depots mit Waffen und Sprengstoff. Der Diplom-Chemiker, der in der Naziszene als Sprengstoffexperte gilt, fiel bereits 1974 mit selbstgebastelten Sprengkörpern auf. Beim Basteln verletzte er sich schwer an der Hand. Als ein Feuerwerker eine von Naumann gebaute Bombe entschärfen wollte, kam er ums Leben. Naumann arbeitete jahrelang mit **Ortfried Hepp** zusammen, der gleichzeitig Agent für das BKA und die Stasi war! Mit ihm und **Walter Kexel** verabredete sich Naumann 1972, das Militärgefängnis in Berlin-Spandau zu sprengen, um den damals dort einsitzenden **Rudolf Heß** zu befreien. Ein anderer Kampfgenosse Naumanns war **Heinz Lembke**, der sich Anfang der Achtziger in seiner Zelle erhängte. Bei ihm fand man bei einer Razzia u.a. 156 Kilo Sprengstoff, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 15 Schußwaffen und über 13.000 Schuß Munition. Naumann hatte aber seit einigen Jahren auch guten Kontakt zu **Meinolf Schönborn**, der bis zum deren Verbot Vorsitzender der ***Nationalistischen Front (NF)*** war. In einer Stellungnahme zu dem Schritt Naumanns, den Behörden die Depots zu offenbaren, nahm Schönborn in einem vierseitigen Brief sowie einer Ansage im ***Nationalen [illegible]-Telefon*** Stellung: „*...wer politischen Weitblick besitzt, dem muß die Bedeutung dieses Schrittes klar sein. Rechtsterrorismus führt uns in eine endgültige politische und völkische Sackgasse. (...) Ich kann an dieser Stelle versichern, daß Kamerad Naumann weder einen „Deal" mit dem BKA gemacht hat, noch aus der „Szene" aussteigen will. Genau das Gegenteil ist der Fall.*" Weiterhin ruft Schönborn seine Kameraden auf, Kontakte mit dem Verfassungsschutz öffentlich zu machen und der Presse zu mißtrauen. Er erklärte, daß Naumann seinen Schritt zuvor mit ihm sowie dem NPD-Vorsitzenden **Günter Deckert** und dem Nazibarden **Frank Rennicke** diskutiert hat. Schönborn behauptet, daß es vor allem „*ausländische Geheimdienste, der Verfassungsschutz, große Teile der Medien, der Politiker und der Linksradikalen*" sind, die einen Rechtsterrorismus wünschten, weil sie oh[illegible]n Feindbild nicht mehr leben könnten. Scheinheilig behauptet Schönborn schließlich, seine Grundsätze würden Gewalt sowieso ausschließen. Er befürworte den Schritt Naumanns zu einer „kämpferischen Gewaltfreiheit". Das Manöver des Taktikers Schönborn ist leicht zu durchschauen: Zum einen sieht er sicher, daß mit terroristischen Mitteln eine Verbreiterung der „nationalen" Szene unwahrscheinlich ist, eher sogar die Szene derzeit isoliert; zum anderen veröffentlichte er seine Stellungnahme kurz vor dem Beginn seines Prozesses um die Fortführung der NF, der Anfang September begann (siehe Bericht links).

Rechte Tische

bnr 17/95, DESG-Inform 7/95 - Derzeit finden in mehreren deutschen Städten sogenannte Runde Tische von rechtsextremistischen Gruppen in verschiedener Zusammensetzung statt. Laut eigener Mitteilung fanden sich z.B. am 6. Juli '95 in München rund 200 Rechtsradikale zusammen. Analog zu anderen „Runden Tischen" verab-

schiedeten Resolutionen wie dem ***Eisenacher Signal*** oder dem ***Rheinischen Appell*** wurde ein ***Münchner Mahnruf*** verabschiedet. Auch in Münster fand ein solch Runder Tisch statt. Zum Eisenacher Signal wird geschrieben, daß sich die *„Funktionsträger rechter Parteien nach gründlicher Aussprache einig waren, daß in Zukunft das geschlossene Auftreten der 'demokratischen Rechten' zum parlamentarischen Durchbruch verhelfen"* könne. Zitat aus dem Eisenacher Signal: *„Um die Einheit aller Patrioten vorzubereiten, sollen ab sofort nach dem Eisenacher Beispiel überall lokal, regional und letztlich bundesweit unter dem Motto 'Gemeinsam für Deutschland' Runde Tische einberufen werden mit dem Ziel, ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch zu stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt. Schafft viele 'Runde Tische', damit das Jahr 1995/96 für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung wird! Nur gemeinsam läßt sich eine flächendeckende, schlagkräftige und glaubwürdige politische Alternative zum Bonner Parteienkartell aufbauen, auf die viele Deutsche warten. Dieses Bündnis für Deutschland gilt es vorzubereiten - auf jeder Ebene und überall."* Aufgrund bisheriger Erfahrungen kann man über das öfter auftauchende „demokratisch" getrost hinwegsehen, diese Floskel steht aus rein taktischen Gründen mit im Papier. Auf dem Bundesparteitag der ***Republikaner*** am 19. Juni '95 in Berlin distanzierte sich der Bundesvorstand von „Eisenacher Signal".

Rechter Terrorismus

JW 15.9.95 - **Ernst Urlau**, der Chef des Hamburger Verfassungsschutz warnt vor einer terroristischen Entwicklung des deutschen Rechtsradikalismus. Durch das „konsequente" Vorgehen der staatlichen Behörden berge die Gefahr, bei einer aktionistisch orientierten Minderheit die Bereitschaft zu stärken, künftig auch mit gewaltsamen Mitteln ihre politischen Ziele zu verfolgen. Die Rechtsextremen befänden sich in einer Vorbereitungsphase für die Aufnahme von gewalttätigen Aktionen. Sie seien mit technischen Kommunikationsmitteln wie Mobiltelefonen, Faxgeräten und Mailboxen ausgerüstet. Außerdem könnten die im ehemaligen Jugoslawien eingesetzten neonazistischen Söldner ihre Erfahrungen nach Deutschland tragen, so Urlau.

Knast-Kameradschaften

Umbruch 8-9/95 - In **Steffen Hupkas** Nazizeitung ***Umbruch*** (Heft für Ideologie und Stategie) und in der Juli-Ausgabe der ***HNG***-Nachrichten wird zur Gründung von ***Knastkameradschaften*** (***KKS***) aufgerufen. Die Aufrufer schreiben unter anderem: *„Der politische Kampf ist im Knast nicht beendet - er wird mit anderen Mitteln fortgesetzt. Wer nur in Ruhe seine Tage absitzen will, der vergeudet wertvolle Zeit. (...) Nutzt jede Gelegenheit zur Kontaktaufnahme bzw. Kameradschaftstreffen (Umschluß, Freistunde usw.). Verbringt diese Treffen nicht nur mit kaffeetrinken, sondern führt politische Gespräche, tauscht Erfahrungen und betreibt politische und rechtliche Schulungen. (...) Bei groben Schikanen müssen Protestaktionen (drinnen und draußen) organisiert werden. (...) Wir müssen in die Offensive gehen. Wir müssen intelligenten, nationalen Wiederstand in den Knästen leisten"*. Kontaktpersonen hierfür sind **Axel Schoppmann** (JVA, Masurenstr. 28, 42899 Remscheid, mehrfacher Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit"), **Maik Fischer** (JVA, Anton-Saefkow Allee 22, 14772 Brandenburg) sowie **Sascha Hempfling** und **Mike Danowski** (beide JVA Brandenburg). Außerdem schrieb **Lars Imbau** im selben „Umbruch" noch einen Bericht „Zur Situation im Knast".

Verbotsliste gegen Rechts

DESG-Inform 7/95 - Das rechtsradikale ***Deutsche Rechtsbüro*** hat eine 24-seitige „Verbotsliste gegen rechts" erstellt, in der alle wesentlichen rechtskräftigen Verbote gegen rechtsextreme Organisationen und Parteien aufgeführt und kurz beschrieben sind. Das „Rechtsbüro" sendet auf Wunsch auch einzelne Auszüge (z.B. Gerichtsbescheide) aus seinem Archiv zu: Deutsches Rechtsbüro, Postfach 44, 82539 Münsing. Das „Rechtsbüro" wird unter anderem von **Jürgen Rieger** organsiert.

BGS wird immer „erfolgreicher"

Taz 30.8.95 - Der ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** hat - im Sinne von Innenminister **Manfred Kanther** - gute Arbeit geleistet. Dieser präsentierte am 29. August '95 zufrieden die Ergebnisse der Sicherungstruppe an der deutschen Ostgrenze. 1994 zählte der BGS deutlich weniger illegale Grenzübertritte. Es wurden nur noch 31.065 illegal eingereiste AusländerInnen aufgegriffen, davon allein 26.109 (84 Prozent) an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Gegenüber den Zahlen des Vorjahres (54.300) bedeutet das einen Rückgang von mehr als 40 Prozent. Außerdem hinderte der BGS im vergangenen Jahr an den Kontrollstellen rund 130.000 Personen am Grenzübertritt. Die Aufstockung des BGS-Personals und die Ausstattung mit besserer Technik haben nach Angaben von Kanther den „Erfolg" der Bundespolizei ermöglicht. In den letzten beiden Jahren wurden die BGS'ler an den Ostgrenzen um 2.000 Beamte massiv verstärkt. Auch die technische Ausstattung mit Wärmebildgeräten und Nachtsichtbrillen hat sich für Kanther gelohnt: Mit Hilfe dieser Technik gelang etwa ein Viertel der Aufgriffe.

„Aktion Noteingang" gewürdigt

WGA - Anfang September wurde die ***Aktion Noteingang***, die von den ***Edelweiß-Piraten*** initiierte Kampagne gegen Rassismus, als unterstützenswerte Initiative gewürdigt worden. Der Wettbewerb „Braunen Mief haß' ich, was tun will ich...", der die Kampagne mit einer Spende auch finanziell unterstützen möchte, läuft unter dem Motto „Mach meinen Kumpel nicht an". Er wird getragen vom ***Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus***, der ***DGB***-Jugendzeitschrift ***'ran*** sowie den Radiosender ***EinsLIVE***.

REPs nach Kaliningrad

bnr 18/95 - In der Ausgabe Juni/Juli '95 des „Republikaner", dem offiziellen Organ der REP-Bundespartei, wird mitgeteilt, daß sich auch die ***Republikaner*** in den Zug der nach Kaliningrad Reisenden eingereiht haben. So werden im ehemaligen Nordostpreußen rußlanddeutsche Familien vom REP-Kreisverband Tübingen mit seinem Vorsitzenden **Karl-August Schaal** und **Max Stegk**, dem Vorsitzenden eines ***Fördervereins Ostpreußen*** betreut. An der Spitze der Kämpfer zur Regermanisierung von „Nordostpreußen" stehen seit Jahren schon der Kieler Verleger **Dietmar Munier** und der ehemalige Rechtsterrorist **Manfred Roeder**.

Rechte Christen tagen

bnr 18/95 - Die ***Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.***, eine Vereinigung von ultrarechten Christenkämpfern am Rande der Evangelischen Kirche, veranstaltet vom 6. bis 8. Oktober '95 ihre diesjährige Herbsttagung in Bad Pyrmont. Gegründet wurde der Verein im März 1966 als Gegengewicht zu entspannungsfreundlichen Strömungen innerhalb der Evangelischen Kirche. Seitdem fährt er einen stramm nationalistischen Kurs. Gründer, langjähriger Vorsitzender und heutiger Ehrenvorsitzender ist **Alexander Evertz**, Autor in einigen nationalistischen Postillen wie ***Criticon***.

Keine Rückkehr nach Klassenfahrt

FR 6.9.95 - Minderjährige Bürgerkriegs-Flüchtlinge, die in Deutschland zur Schule gehen, dürfen nach Klassenfahrten in ein Land der EU nicht wieder in die Bundesrepublik einreisen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von ***Bündnis 90/Grüne*** hervor. Nach einem Beschluß des Europäischen Rates werde nur denjenigen SchülerInnen die visafreie Einreise in ein anderes EU-Land ermöglicht, deren „gesetzmäßiger Wohnsitz" innerhalb der Gemeinschaft liege.

Schule ohne Rassismus

SZ 26.8.95 - Innerhalb des europäischen Projekts ***Schule ohne Rassismus*** wollen jetzt auch deutsche SchülerInnen aktiv gegen Rassismus vorgehen. Nach Erfolgen in Belgien und den Niederlanden wurde die Kampagne in Bonn offiziell für Deutschland gestartet. Koordiniert wird das Projekt von der ***Aktion Courage*** und ***SOS Rassismus***. An dem Projekt beteiligte Schulen können den Titel „Schule ohne Rassismus" erwerben, wenn sich mindestens 70 Prozent der SchülerInnen und LehrerInnen mit ihrer Unterschrift verpflichten, gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv zu werden. Außerdem muß ein Konzept für Projekte zur Überwindung von Gewalt und Rassismus vorgelegt werden. In den Niederlanden beteiligten sich bisher 238 Schulen an dem Projekt, in Belgien waren es rund 200.

Anzeige gegen Marquardt

JF - Die ***Junge Freiheit*** hat eine Anzeige gegen **Angela Marquardt**, Vorstandsmitglied der ***PDS*** gestellt. Sie wirft ihr vor, öffentlich Straftaten gebilligt zu haben. Dabei beruft sich die Zeitung auf eine Antwort, die Angela Marquardt in einem Interview gegeben hat. Auf die Frage „Wie finden Sie es, wenn Brandanschläge auf die Druckerei der rechtsgerichteten 'Jungen Freiheit' stattfinden" antwortete sie laut JF: „Ich halte es für legitim, zu verhindern, daß die Junge Freiheit gedruckt werden kann".

Baden-Württemberg

REP-Landesparteitag

JF 4.8.95 - Die ***Republikaner*** Baden-Württemberg haben für den 3. Oktober 1995 ihren Landesparteitag in Stuttgart angekündigt. Hier soll das Landesprogramm fortgeschrieben werden. Der REP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende, **Christian Käs** (34), kündigte an sie werden mit ihren „klassischen Themen": Innere Sicherheit, Asylpolitik, Ausländerwahlrecht und Arbeitsplatzsicherung in den Wahlkampf ziehen. Hier nochmal der Landesvorstand der Republikaner Baden-Württemberg (1992): Christian Käs ist der Landesvorsizende und einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden sind **Rüdiger Helfer**, **Wilhelm Kutschera**, **Rolf Wilhelm** und **Alfred Dagenbach** (dieser ist auch Landesgeschäftsführer). Landesschriftführer ist **Bernhard Amann**. Der Landesschatzmeister ist **Nikolas Holzner** und der stellvertretende Landesschatzmeister ist **Christian Breu-Blechschmidt**. Die Funktion des Landespressesprechers und bekleidet **Horst Trageiser** (auch Beisitzer des Bundesvorstandes). Als Beisitzer treten **Lothar König**, **Heinz Troll**, **Heinz Barth**, **Karl A. Schaal**, **Hermann Rexhaus** und **Michael Hebricht** auf.

Schlierers Zukunft und REP-Wahlkampf

JF 4./8.8.95, bnr 17/95, Der Rep 7-8/95 - Der Bundesvorsitzende der ***Republikaner***, **Rolf Schlierer** (40), will seine politische Zukunft vom Ausgang der baden-württembergerischen Landtagswahl im März 1996 abhängig machen. Wenn die REPs schlecht abschneiden, will er möglicherweise nicht mehr für den Bundesvorsitz kandidieren, verkündete er. Er hofft, als einer der Spitzenkanditaten neben dem baden-württembergische REP-Landesvorsitzenden und stellvertretene Bundesvorsitzende **Christian Käs** (34) den Sprung ins Landesparlament zu schaffen. Schlierer selbst wird sich wieder in Bietigheim-Bissingen (Wahlkreis 14) um einen Sitz im Stuttgarter Parlament bewerben. Als Ersatzbewerber wird wie bei der letzten Landtagswahl der REP-Kreisvorsitzende **Wolf Krisch** antreten. Christian Käs mußte auf einen der Mannheimer Wahlkreise ausweichen, nachdem er in Stuttgart nicht nominiert worden war. Den Erfolg wollen die REP's durch „jugendlicheres" und „frecheres" Auftreten erreichen. So warf der stellvertrende Fraktionsvorsitzende der Republikaner, **Ulrich Deutschle**, den Grünen im Landtag vor, daß sie in den drei Jahren einen Anpassungskurs gegenüber der Großen Koalition gefahren und sowohl mit der CDU, als auch mit der SPD "gekungelt hätten". So versuchen sich die Republikaner als die oppositionellste Partei darzustellen. Aber damit nicht genug, Schlierer warf zwei SPD'lern vor einer verfassungsfeindlichen Vereinigung anzugehören, weil sie die ***Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten*** (***VVN/BdA***) protegierten. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sei linksextremistisch, erklärte Schlierer weiterhin. Zugleich legten sie einen Gesetzentwurf vor, der im Land die Unvereinbarkeit von Ministerämtern und Mitgliedschaften in einer extremistischen Organisation vorsieht. Die REPs treten insgesamt in allen 70 Wahlkreisen von Baden-Württemberg an.

Brandanschlag auf Flüchtlingsheim

JW 18.8., Tsp 19.8.95 - In Mannheim haben Unbekannte in der Nacht zum 17. August '95 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt. Die Täter warfen gegen 2.10 Uhr gleichzeitig drei Molotowcoctails auf die Rückseite der Unterkunft im Stadtteil Schönau. Zwei der Brandsätze landeten im Vorfeld des Gebäudes. Das Feuer richtete keinen Schaden an und verletzte niemanden, da ein Wachmann es rechtzeitig entdeckte.

BdV-Feier

JF 18.8.95 - Der ***Bund der Vertriebenen*** (***BdV***) führte im Großen Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt eine „Feierstunde" durch. Damit wollte er der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen vor 45 Jahren gedenken. Der BdV-Chef **Fritz Wittmann** erklärte dazu, „es könne nur darum gehen, die Bedeutung des Dokuments und die friedfertige Haltung der deutschen Vertriebenen zu loben. Die deutsche und europäische Politik seien aufgerufen, nach machbaren Lösungen zur Heilung geschehenen Unrechts zu suchen". Er bejammerte, daß „das selbstverständliche Engagement der Vertriebenen in den Heimatgebieten oft beargwöhnt und ausgegrenzt werde". Aber auch hochrangige Politiker gaben wieder ihre Grußworte ab. Bundespräsident **Roman Herzog** würdigte die Charta als „ein Zeichen der Menschlichkeit. Weder deutsche Kriegsschuld noch der Nationalsozialismus seien eine Rechtfertigung für die Vertreibung von Millionen von Menschen gewesen". Bundespräsidentin **Rita Süssmuth** (***CDU***) [illegible]te die Charta eine „bleibende moralische und politische Leistung der deutschen Vertriebenen".

REP-Polizist

bnr 18/95 - Gegen den 32jährigen Mannheimer Polizeiobermeister **Winfried Korth** läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verrat von Dienstgeheimnissen. Im Zuge der Ermittlungen wurde auch eine Hausdurchsuchung bei Korth durchgeführt. Korth ist seit Jahresfrist Kreisvorsitzender der Mannheimer ***Republikaner*** und seit dem Landesparteitag der baden-württembergischen REP's am 13./14. Mai 95 Beisitzer des Landesvorstandes. Interessenten der Partei soll Korth mit Hilfe des Polizeicomputers (in dem alle im Bundesgebiet laufenden Ermittlungen und Verurteilungen gespeichert sind) auf Vorstrafen hin überprüft haben. D[illegible]e Anfragen an den Polizeicomputer festgehalten werden, wurden die entsprechenden Aktivitäten Korth's registriert. Nun muß geklärt werden, inwieweit diese Anfragen rein dienstlicher Natur waren. Sollte Gemeinderatsmitglied Korth Anfragen für die REP's getätigt haben hätte dies dienst- und strafrechtliche Konsequenzen. Die REP's Mannheim zanken sich obendrein schon seit geraumer Zeit untereinander rum. Infolgedessen hatte der ehemalige Kreisvorsitzende und Stadtrat **Alfred Reichwein** (70) die Partei verlassen. Sein Vorhaben sich der CDU-Fraktion anzuschließen gelang allerdings nicht.

Neues von Michael Wendland

bnr 18/95 - **Michael Wendland** (25) wurde jüngst aus der ***Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher*** (***AUD***) unter Vorsitz von **Karl-Heinz Reed** ausgeschlossen. Anlaß des Ausschlußverfahrens aus der AUD war das vielfältige Engagement Wendlands in der rechtsradikalen Szene Baden-Württembergs. So ist Wendland Vor-

sitzender der am 15. Dezember 1990 gegründeten neonazistischen Kleingruppe ***Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft e.V.*** (***DSA***) mit Sitz in Leonberg. Seit 1990 erscheint der ***Freiheitliche Kampfruf*** als „Kampfschrift" der DSA. Als Herrausgeber fungiert Wendland, als Verantwortlicher **Sascha Bossinger**. Außerdem war Wendland kommissarischer Vorsitzender der ***Freiheitlich-Sozialistischen Deutschen Volkspartei*** (***FSDVP***). Wendland folgte **Frank Schempp** aus Weissach im Amt des FSDVP-Vorsitzenden. Eben jener Schempp hatte Wendland als Mitglied für die AUD geworben. Der DSA-Aktivist Sascha Bossinger solle „in die AUD eingeschleust werden", so der Vorwurf des AUD-Vorstandes an Wendland. Seit November 1992 ist Wendland obendrein Mitglied der 1987 gegründeten Nazi-Band ***Noie Werte***, die wiederholt im Rahmen von Veranstaltungen der JN spielte. Kein Wunder, immerhin ist Wendland auch Landesvorsitzender der ***Jungen Nationaldemokraten*** (***JN***) Baden-Württemberg und stellvertretender Landesvorsitzender der ***NPD***. Außerdem unterhielt Wendland Kontakte zu den ***Kreuzrittern für Deutschland***, einem lokalen Sammlungsversuch der Nazi-Skin-Szene im Großraum Stuttgart. In der Begründung seines Ausschlusses heißt es dazu: *„Michael Wendland hat fortgesetzt in einem Zeitraum von vielen Jahren durch seine Tätigkeit für die DSA und durch sein gemeinsames Auftreten mit der stiefelrechten Glatzengruppe „Noie Werte" gegen die Ziele der AUD verstoßen*".

HIAG-Sozialwerk "Paul Hausser" aufgelöst

bnr 17/95 - Das ***HIAG- Sozialwerk Paul Hausser e.V*** ist nach der Zustellung des Registerauszuges des Amtsgerichtes Karlsruhe (25. Mai 95) offiziell gelöscht und mit dem Datum vom 30. [illegible] 95 aufgelöst worden. Gegründet wurde das Sozialwerk am 6. Mai 1963 in Ettlingen mit **Carl Cerff**, **Helmut Fuchs**, **Rudolf Lehmann**, **Karl Gegenheimer** und Generaloberst der Waffen-SS **Paul Hausser**. Unterstützt wurden von dem Sozialwerk in seiner 33jährigen Existenz „Kameraden" in der Bundesrepublik, Niederlande, Belgien, Frankreich, „Südtirol", Ungarn, Rumänien und „Schlesien". Das Spendenaufkommen belief sich auf 4.250.672,25 Mark.

Jürgen Graf schwänzt Prozeß

bnr 18/95 - Der Schweizer Revisionist, **Jürgen Graf** (44), erschien nicht zur seiner Verhandlung vor dem Weinheimer Amtsgericht. Er ist wegen Volksverhetzung angeklagt worden. Das Schöffengericht mußte so in Abwesenheit des Angeklagten verhandeln. Graf hatte seine Bereitschaft, zum Prozeß zu erscheinen, unter der Bedingung signalisiert, daß eine Reihe von Revisionisten als Sachverständige seiner Wahl zur Verhandlung geladen werden sollten. Ansonsten befürchtete Graf eine „stalinistische Gerichtsposse". Die Forderung Graf's wurde abgelehnt. Die Hauptverhandlung endete mit einem Antrag des Mannheimer Staatsanwaltes auf Erlaß eines Strafbefehls über eine Bewährungsstrafe von einem Jahr sowie einer Geldbuße in Höhe von 10.000 Mark. Der Haftbefehl gegen Graf bleibt weiterhin aufrecht. Graf ist Autor der revisionistischen Schriften „Der Holocaust-Schwindel", *„Der Holocaust auf dem Prüfstand. Augenzeugenberichte versus Naturgesetze"* und *„Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust"*. Im vergangenen Jahr wurde eine Büchersendung des revisionistischen Autors aus der Schweiz an eine Weinheimer Adresse, dem Wohnort des NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (55), beschlagnahmt.

Bayern

Nazis ermordeten Schwulen

AZ 20.9.95, WGA - Der 49jährige Schwule **Klaus-Peter B.** ist Anfang September '95 in Amberg von zwei Nazi-Skins umgebracht worden. Der eine von den beiden, ein 18jähriger Arbeitsloser, gilt als Kopf der Amberger Nazi-Skin-Szene und hatte gute Kontakte zur ***Nationalistischen Front***. Er war in der Vergangenheit schon mehrmals einschlägig vorbestraft worden, unter anderem hatte er eine mehrjährige Haftstrafe wegen schwerem Raub abzusitzen. Er ist am 15. September '95 in seiner Wohnung vorläufig festgenommen worden. An einigen seiner Anziehsachen fand die Polizei Blutspuren. Gegen ihn erging ein Haftbefehl wegen Verdachts der Beteiligung an einem Tötungsverbrechen. Er befindet sich in Untersuchungshaft in der JVA Amberg. Seine Vernehmungen laufen noch. Der zweite Nazi-Skin (21 Jahre), ebenfalls aus Amberg, ist noch auf der Flucht. Auch gegen ihn wurde Haftbefehl wegen des Verdachts auf Beteiligung an einem Tötungsverbrchen erlassen. Es handelt sich hierbei um den wegen Gewaltdelikten vorbestraften **Richard Lorenz** genannt **Richi**. Auch er gehört zu der rechtsradikalen Szene Ambergs und mußte sich ebenfalls mehrfach wegen schwerer Körperverletzung vor der Jugendkammer des Amtsgerichts verantworten. Wiederholt war ihm die Teilnahme an Schlägereien mit türkischen Jugendlichen zur Last gelegt worden. Zuletzt war er festgenommen worden als er auf dem Schwandorfer Bahnhof mit „Heil Hitler"-Rufen aufgefallen war. Er hatte damals einen Baseballschläger dabei. Nach Angaben der Amberger Polizei exestiert in Amberg eine rechtsextreme Szene. Diese sei aber größtenteils mit Saufen beschäftigt und pöbele nur hin und wieder rum, so ein Polizeisprecher. Am Donnerstag den 7. September '95 um 3.30 Uhr verließ Klaus-Peter B. ein Lokal in der Paulanergasse mit den beiden Nazi-Skins. Er hatte die beiden Nazi-Skins vermutlich vorher in der Kneipe in eindeutiger Absicht angequatscht. Die beiden Nazis gingen dann mit ihm mit, schlugen ihn brutal zusammen und warfen ihn dann in bewußtlosem Zustand in die Vils. Dort ist er dann ertrunken. Am 11. September '95 um 13 Uhr ist Klaus Peter B. tot am Netzsteg angetrieben und gefunden worden. Die Polizei gab als Todesursache erstmal „Ertrinken" an, obwohl Klaus-Peter B. schwere Verletzungen hatte, u.a. jeweils drei Zentimeter lange Risse über den Augenbrauen, zahlreiche gebrochene Rippen und ein Blutsack im Nacken. Die Polizei ging erst später von einem Gewaltverbrechen aus. Einen Tag nach dem Fund der Leiche hatte eine Spaziergängerin die Ermittlungsbehörden darauf hingewiesen, daß sich an einer Bank, die vor dem Fußgängersteg im Stadtgraben stand, größere Blutflecken befänden. Zudem, so die Frau, führe eine Blutspur bis zur Mitte des Stegs und breche dort urplötzlich ab. Die Polizei hatte daraufhin eine Blutprobe genommen und zur Untersuchung gegeben. Warum die Bank erst eine Woche später (nachdem es schon geregnet hatte) von der Polizei abmontiert worden ist, bleibt ungeklärt.

Nazis zurückgeschlagen

SRZ 18.8.95 - Am 25. Mai '95 griffen in Amberg drei Nazi-Skins drei Ausländer an, diese wehrten sich aber so gut, daß die drei Angreifer im Krankenhaus landeten. Der Vorfall spielte sich, wie die Polizei mitteilte, am Himmelfahrtstag 95 gegen 21 Uhr auf dem Baumannparkplatz beim Mariahilfbergweg ab. Dort waren die drei Ausländer (vermutlich handelt es sich um russische oder polnische Staatsangehörige) unterwegs. Die drei prügelgeilen Nazi-Skins, ein 19jähriger Amberger und zwei junge Männer aus dem Landkreis (18 und 25 Jahre), meinten nun sich mit den drei Ausländern anlegen zu müssen. Diese wollten sich aber nicht ohne Gegenwehr einfach in die Opferrolle drängen lassen und wehrten sich. Einer von den drei Ausländern machte mit den drei Nazi-Skins kurzen Prozeß und prügelte die Rassisten (ohne die tatkräftige Hilfe seiner beiden Begleiter in Anspruch nehmen zu müssen) in's Krankenhaus. Diese mußten von einem Notarztwagen dorthin gebracht werden.

Rassistischer Überfall

SZ 16.8.95 - Ein 16jähriger Nazi-Skinhead hat mit einem Baseballschläger zwei junge türkische Männer in Wolnzach krankenhausreif geschlagen. In der Nacht zum 14. August '95 traf die Gruppe von vier Nazi-Skinheads im Alter von 16 bis 23 Jahren auf die beiden 21 und 28 Jahre

alten Türken. Einer der Nazi-Skins zog sofort ein Messer und der 16jährige schlug mit seiner Baseballkeule auf die beiden Türken ein. Der Polizei gelang es, die Nazi-Skins wenig später festzunehmen.

Stempel im Paß von schwulen Ausländern

Taz 19.-21./25.8.95 - Die Münchner Polizei hat in sechs bis sieben Pässen von schwulen Ausländer Vermerke wie „Homo-Strich" und „Homo-Szene" eingetragen. Die Einträge stammen von zwei Münchner Polizisten. Neben ihre Namen **Kößler** und **Kremmin** haben die beiden Beamten gleichzeitig noch ihren Dienstgrad gesetzt: POM, Polizeiobermeister. Der eine, POM Kößler, gibt allen, die den rumänischen Paß in Zukunft in die Hand nehmen, noch ein paar zusätzliche Informationen: „kontrolliert am 11.08.95, 23.40 Uhr in München, Utzschneiderstraße (Homostrich)". Daß ein solcher Paß-Eintrag bei der Rückreise in das schwulenfeindliche Rumänien erhebliche Schwierigkeiten machen würde, dürfte auch POM Kößler klar gewesen sein. Daß der Eintrag illegal war, müßte er ebenfalls wissen. Münchens Polizeisprecher erklärte die beiden Beamten müßten sich in dienstaufsichtlichen Verfahren verantworten. Der Eintrag der Kontrollzeitpunkte im Paß sei zulässig, der Zusatzvermerk „Homo-Szene" oder „Homo-Strich" nicht. Die Polizei würde außerdem die Pässe wieder „saubermachen" lassen. Die Münchner Homosexuellenorganisation ***Rosa Liste*** bezeichnete das Vorgehen der Polizei als Höhepunkt der Ausländer-und Schwulenfeindlichkeit. Regelmäßig würden in einschlägigen Münchner Lokalen Razzien und Personenkontrollen unter teils entwürdigenden Bedingungen durchgeführt. „Für viele Polizisten in München gilt eine simple Rechnung: Schwul gleich Strich gleich kriminell", sagte ein Sprecher der „Rosa Liste".

Jährliche Großkundgebung der DVU

DWZ, JW 14.9.95 - Am 30. September 95 will die ***DVU*** in der Nibelungenhalle in Passau eine Großkundgebung unter dem Motto:"Recht und Freiheit für Deutschland" durchführen. Schon seit längerem mobilisiert die DVU über ihre ***Deutsche-Wochenzeitung*** und ihre ***Deutsche Nationalzeitung*** nach Passau. *„Auf nach Passau! Ein großer Tag des nationalfreiheitlichen Lagers steht bevor, den kein Deutschdenkender versäumen sollte. Tausende Patrioten kommen zusammen, um für deutsche Lebensrechte zu demonstrieren"*, prollen sie unter anderem rum. Über die beiden Zeitungen organisieren sie auch Mitfahrgelegenheiten nach Passau. In der letzten Ausgabe der WGA druckten wir schon die entsprechenden Telefonnummern ab. Eine neue ist aus Tirol dazugekommen: Tel. (0473) 621 353, Fax: (0473) 620 396. Geplant ist für den 30. September eine „große Rede" von **Gerhard Frey** und „anderen hochkarätigen Rednern". Ab 11 Uhr spielt eine „große bayerische Trachtenkapelle" und ab 12.30 Uhr beginnt die „Großkundgebung". Der Eintritt ist kostenlos. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied genauso wie das Verwaltungsgericht, daß die Stadt Passau die DVU nicht von der Nutzung der Halle ausschließen könne. Die DVU sei im Sinne der Benutzungsordnung für die Nibelungenhalle mit anderen Parteien gleichzusetzen, da sie nicht verboten sei, hieß es zur Begründung. Eine antifaschistische Gegendemonstration ist bereits angekündigt worden.

Nazitreffen in Flachslanden

Taz 28.8.95 - Am Abend des 26. August '95 trafen sich im mittelfränkischen Flachslanden rund 250 Rechtsradikale in einem Wirtshaus. Diese hatten offiziell ein Hilfskonzert für kroatische Kinder angemeldet. Die Ansbacher Polizei beobachtete das Treffen nur und stellte später bei Kontrollen noch rechtsradikales Propagandamaterial fest.

Neues von Günter Kursawe

bnr 18/95, NE - Der Neonazi **Günter Kursawe**, Leserbriefschreiber in der rechtsradikalen Monatszeitschrift ***Nation & Europa*** (Tel: 09561-94596, Fax: 09561-99574) und der ***Jungen Freiheit*** hat sich mit neuem Schwachsinn zu Wort gemeldet. Im Namen einer Gruppe die sich ***Die Nationale Opposition*** nennt, fordert er seine Leser auf, sich gegen die „Verdrängung aus ihrem Lebensraum" und gegen den „Niedergang ihrer kulturellen Identität" zu wehren. In seinem Artikel „Überfremdungsbilanz", der auch in die rechtsradikale Mailbox ***Thule-Netz*** eingespeist wurde, bejammert er weiterhin, daß „die biologische Überfremdung" das „größte Verbrechen der herrschenden Klasse" sei usw.

DVU-Aktivitäten

DNZ 25.8., DWZ 16.6.95 - In Kaufbeuren kam es in letzter Zeit zu mehreren Treffen der ***DVU***. So fand hier am 18. Juni 95 um 10 Uhr ein DVU-Frühschoppen statt. Es sprach der DVU-Landesvorsitzende von Bayern, **Bruno Wetzel** (auch Beisitzer des DVU-Bundesvorstandes). Am 20. August 95 um 10 Uhr fand ebenfalls hier ein DVU-Stammtisch statt. Am 1. September '95 um 20 Uhr fand in Kaufbeuren noch eine DVU-Versammlung statt. Hier sprachen der Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein **Hans Weidenbach** und Bruno Wetzel. Info-Telefon für alle Veranstaltungen war: (08341)67773. Am 3. September 95 um 11 Uhr fand auch in Regensburg ein DVU-Stammtisch statt. Info-Telefon hierfür: (0941)792561. Und auch in Nürnberg kam es am 9. September 95 um 18.30 Uhr zu einem DVU-Stammtisch. Info-Telefon: (0911)261258. Hier nochmal der DVU Landesverband von Bayern (1993): Landesvorsitzender ist Bruno Wetzel. Der stellvertretende Landesvorsitzende ist **Arnold Pape**. Als Beisitzer treten **Wolfgang Bogenberger**, **Irmgard Mihai** und **Robert Gerigk** (in dieser Ausgabe der WGA schon des öfteren erwähnt) auf.

CSU'ler zum BFB

DESG - Ein zweiter Kreisrat ist im bayerischen Ebersberg zu **Manfred Brunners** ***Bund Freier Bürger*** (***BFB***) übergetreten. Nachdem hier schon der ehmalige SPD'ler **Franz Bader** zum BFB übergetreten war (siehe WGA # 8) wurde nun auch bekannt, daß der ehmalige ***CSU***'ler **Konrad Aibinger** dasselbe tat. Damit verfügt der BFB erstmals über Parlamentarier.

Berlin

NS-Aktivist vor Gericht

BM, API, Tsp 20.9.95 - Wegen Verbreitung der Zeitung ***NS-Kampfruf*** von **Gary Laucks** ***NSDAP/AO*** steht der 25jährige Berliner NS-Aktivist **Boris Penzholz** seit dem 19. September '95 vor dem Berliner Landgericht. Ihm wird vorgeworfen, 1994 insgesamt 23 Exemplare aus den USA nach Düsseldorf eingeführt zu haben. Die Zeitung schmückt sich mit Hakenkreuzen und Parolen wie *„Die Juden sind unser Unglück"*. Dem Angeklagten wird weiterhin vorgeworfen, in seiner Wohnung Schlagringe, Munition, Totschläger und Sprengstoff aufbewahrt zu haben. Bei dem 25jährigen Berliner fanden sich bei einer Razzia am 7. Juni '95 Mitgliedsausweise der NSDAP/AO sowie des ***Ku Klux Klans*** und Raketentreibstoff (siehe WGA #8). Penzholz hält aber auch Kontakte zur ***Deutschen Volksunion (DVU)***.

Kameradschaft Treptow contra PDS

WGA, FR 12.9.95 - Am 11. September '95 wurden in Treptow 18 Angehörige der ***Kameradschaft Treptow*** vorläufig in Gewahrsam genommen, da diese meinten ein Pressefest der ***PDS*** stören zu müßen. Die Kameradschaft Treptow ging teilweise aus der ***FAP*** Treptow hervor und ist größtenteils mit ihr identisch, so z.B. auch ihr Chef **Detlev Cholewa**. Die Kameradschaft Treptow arbeitet eng mit den ***Nationalen*** zusammen, so sind sie bei ihren Treffen anwesend (siehe WGA #7), unterstützen sie beim Wahlkampf oder treten für sie als Direktkandidaten an (siehe diese WGA).

Vorbereitungen für Halbe

WGA 26.8.95 - Wie das Berliner ***Nationale Infotelefon (NIT)*** schon stolz verkündete, plant die ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** am „Volkstrauertag" einen Naziaumarsch in Halbe zu veranstalten. Zuvor will der Verein noch per Postwurfsendungen in Berlin und Brandenburg die Bürger mit Einladungen belästigen. Wer persönlich eingeladen werden möchte, kann an die: Kulturgemeinschaft, Postfach 380 126 in 14111 Berlin, schreiben

REP-Stand verhindert

JF 1.9., Taz 21.9.95 - Mitglieder der ***Republikaner,*** welche einen Wahlkampfstand auf einem Straßenfest in Friedrichshain aufgebaut hatten, wurden von sechs bis acht Jugendlichen Antifas angegriffen und vertrieben. Zwei REPs mußten ins Krankenhaus um sich CS-Gas aus den Augen spülen zu lassen. Von den Jugendlichen wurde keiner erwischt.

Rechte Heiden gründen Nothilfe-Fonds

bnr 18/95 - Der Berliner **Bernhard Schulz**, Schriftleiter von ***Hugin und Munin***, dem Organ der 1990 gegründeten ***Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE)*** kündigt in der jüngsten Ausgabe, die Gründung eines „Juristischen Nothilfe Fonds für Heiden" an. Schulz, Mitglied des ***Armanen Ordens (AO)*** und Gründer des Verbandes ***Tempel und Semnonen***, lamentiert des weiteren: *„Auch wenn uns heute keine Scheiterhaufen und Daumenschrauben drohen - gewaltsam gestörte religiöse Zeremonien, Anschläge und demolierte Autos sind schlimm genug - mitunter auch lebensgefährdend."*

Terror gegen africa-shop

JW 15.9.95 - Der ***africa-shop*** in der Schwedenstraße ist Berliner Behörden schon lange ein Dorn im Auge. In diesem Jahr erhielt er fünfmal unangenehmen Besuch von der Berliner Spezialeinheit ***Aktionsgruppe Ausländerbeobachtung (AGA)***, deren alleinige Aufgabe die Kontrolle von Ausländern ist. Grund der Einsätze gegen den Laden waren nach Aussagen der Beamten „Paßkontrollen". Den letzten Besuch bekam der Laden am 2. August '95. Weil sich die Zivilpolizisten perdu nicht ausweisen wollten, rief die Ladenbesitzerin die Polizei und verschloß von innen die Ladentür, um auf die Polizisten zu warten. Doch solange wollten die im Laden eingeschlossenen AGA-Beamten nicht warten. Und so holten sie sich die Schlüssel mit Gewalt. Dabei erhielt die Ladenbesitzerin neben mehreren Blutergüssen und einem verletzten Arm eine Halswirbel-Prellung, die wochenlang täglich behandelt werden muß. Bei der Abführung zerrissen die Beamten ihre Bluse und ließen sie erstmal zehn Minuten mit entblößtem Oberteil vor dem Laden stehen, bis sie zur Wache gefahren wurde. Das Opfer stellte noch am selben Tag Anzeige wegen Körperverletzung im Amt. Auch ansonsten scheinen der Spezialeinheit gewisse Gesetze recht egal zu sein, denn bei ihrer ersten Kontrolle am 23. Mai '95 durchsuchte diese mehrere Stunden ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß die Ladenräume. Sechs Tage später kamen die Beamten abermals und kontrollierten die Pässe der Anwesenden. Tags darauf klopften gegen 23 Uhr mehrere Männer an die Privaträume der Besitzerin, da sie ihren Paß kontrollieren wollten (um die Uhrzeit?). Als die Frau die Polizei rufen wollte verschwanden die Männer. Die nächste Kontrolle erfolgte am 17. Juli '95. Im Anschluß daran schloß sie ihren Laden und lief zur Polizeiwache, um sich dort zu beschweren. Zurückgekehrt, bemerkte sie, daß in der Kasse 8.460 Mark fehlten, worauf sie erneut zur Polizeiwache ging, um Anzeige zu erstatten. Der diensthabene Beamte nahm die Anzeige gegen seine Kollegen aber nicht an und verwies sie zur AGA. Dort kam es am nächsten Tag jedglich zu einer verbalen Auseinandersetzung.

Neues von den Nationalen

FR 12.9., JW 14.9.95 - Für die Wählergemeinschaft ***Die Nationalen e.V.*** erweist sich der Weg zu den Abgeordnetenhauswahlen als holprig. Nach der Beschlagnahmung von div. Büromaterialien beim Nationalen-Vorsitzenden **Frank Schwerdt** und dessen Stellvertreter **Christian Wendt** ist jetzt auch noch die großkotzig angekündigte Landesliste mangels Unterschriften auf gerade mal zwei Direktkandidaten zusammengeschrumpft. Im Bezirk Tiergarten ist das **Mike Denkert** und im Bezirk Treptow **Detlef Cholewa** (zuvor ***FAP***, heute bei der ***Kameradschaft Treptow***).

Kandidatenliste der REPs

JF 22/95, REP, bnr 14/95 - Auf ihrem Wahlparteitag am 27. Mai '95 haben die Berliner Republikaner eine Landesliste mit 24 Kandidaten aufgestellt. Die ersten 4 Plätze belegten: der Landesvorsitzende **Werner Müller** (mit 88%), **Ingeborg Seifert**, **Wolfgang Kurzweg** und den vierten Platz kriegte der stellv. Landesvorsitzende **Sven Thomas Frank**. In einem Flugblatt stellen sich die REPs so vor. *„Unsere Mannschaft für's Abgeordnetenhaus kann sich sehen lassen. Frauen und Männer, die mit beiden Beinen im Leben stehen: im Beruf erfahrene und erfolgreiche Leute, keine linken Traumtänzer oder verbohrte Ideologen".* Und zu dieser Mannschaft gehören dann auch noch: **Günter Reich**, **Christian Breu-Blechschmidt**, **Ralf Baumbeck**, **Peter Schünemann**, **Albert Lisse**, **Christiane Kruck**. Und für's Rathaus Mitte treten an: **Birgit Brand**, **Gerhard Last**, **Fritz Bartsch** und **Ralf Härle**. Laut AIM-Info, kandidieren für die BVV Tiergarten u.a. **Frank Seifert**, **Michael Aulich**, **André Kalicinski** und **Kim Kurlbaum**, alle haben nachweislich Kontakt zu Berliner Naziszene (z.B. FAP, WJ).

Graue Wölfe in 36

JW 8.9.95 - Am 6. September '95 zog durch Kreuzberg, ein Autokorso von türkischen Faschisten. Hauptsächlich traten dabei die ***Grauen Wölfe*** (oder auf türk. ***Bozkurt***) auf. Die Grauen Wölfe sind die Jugendorganisation der ***MHP*** (Partei der Nationalen Bewegung) aus der Türkei. In Deutschland auch ***ADÜTDF*** (Förderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa) - der europäische Ableger der MHP. Die türkischen Nationalisten feierten den Sieg der türkischen Fußball-Nationalmannschaft gegen Ungarn. Von den etwa 300 beteiligten Autos waren ca. 30 mit Fahnen der Grauen Wölfe ausgestattet. Aus dem Autokorso heraus wurden Kurden provoziert und mit Pistolen bedroht. Im Verlauf der Auseinandersetzung flogen Steine und Flaschen, zwei Autos wurden beschädigt.

BdV bei Roman Herzog

JF 28.7.95 - Der Bundesvorstand vom ***Bund der Vertriebenen (BDV)***, unter Leitung vom BdV-Präsidenten **Fritz Wittmann**, ist von dem Bundespräsidenten **Roman Herzog** in seinem Berliner Ansitz, dem Schloß Bellevue, empfangen worden. Herzog bezeichnete die Vertreibung der Deutschen als ein *„völkerrechtlich zu ächtendes Unrecht"*, gleichzeitig würdigte er die Verdienste der Heimatvertriebenen. Auf alle Fälle nutzte dem BdV ihr Gejammer beim Bundespräsidenten, denn - wie die JF zu guterletzt feststellt - *„Bundespräsident Herzog zeigte Verständnis und möchte über die Anliegen der Vertriebenen von BdV-Präsident Wittmann weiter informiert werden"*.

Vertriebenen-Treffen

Presse 9/95 - Am 3. September '95 fand in Charlottenburg zum 46. Mal der „Tag der Heimat" des ***Bundes der Vertriebenen (BdV)*** in der Sömmeringhalle statt. Dieses Treffen organisiert der BdV alljährlich im September und Oktober überall in der Bundesrepublik. Redner und Schirmherren stellen dabei stets hochrangige Politiker der CDU, SPD und FDP. Nach dem Münchener sudetendeutschen Abstecher von **Antje Vollmer** sind nun anscheinend auch die Grünen mit dabei. Der Schirmherr in Berlin ist seit Jahren der Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen**. Neben dem Hauptredner **Klaus Töpfer** (eigentlich sollte **Bernhard Vogel** kommen - aber der hatte keine Zeit), sprach auch der rechtsaußen Politiker **Heinrich Lummer**. Und Gastredner wie Diepgen und der BdV-Sprecher **Fritz Wittmann** (CSU) standen dem Berliner Vertrieben-Chef **Gerhard Dewitz** in nichts

nach, der im Vorfeld gegenüber der Presse über *„rote Halunken"* und *„widerliche linke Fieslinge"* gewettert hatte. Auch **Ingrid Stahmer** (SPD) tat ihr bestes und half dem BdV beim Kränze ablegen. Wie schon in all den Jahren zuvor wurde die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten beklagt und dieses als Unrecht bezeichnet, das wieder rückgängig gemacht werden müsse. Mit dabei wieder Rechte aller Coleur von Burschenschaftlern, über smarte kurzhaarige junge Männer welche rechtsextreme Flugblätter verteilten, bis hin zur Trachtentanzomi aus Schlesien, die sich mit gewissen Grenzen nicht abfinden will. Und während die einen die verlorenen Ostgebiete bejammern, versuchten einige hundert Meter weiter rund 150 GegendemonstrantInnen das Treffen zumindest akustisch zu stören. „Vertriebene sind Kriegstreiber" - unter diesem Motto wurde auf der Kundgebung die Geschichte des BdV erzählt und insbesondere die Verquickung mit faschistischen Organisationen auf der einen, und Regierungsparteien auf der anderen Seite aufgezeigt. Während der Kundgebung kam es immer wieder zu Handgreiflichkeiten zwischen Antifas und pöbelnden Vertriebenen bzw. Rechten. Am Rande tauchten bekannte Kader der Republikaner genauso auf, wie rechte Dumpfbacken welche diverse Flugies unters Volk bringen wollten. Auch kam es immer wieder zu Polizeieinsätzen, da einigen besonders laut lamentierenden Vertriebenen von Antifa-Kids die Brillen entwendet wurden und Leute die Streß gemacht hatten (oder Fotografen, welche nur Gesichter abfotografierten) der Kundgebung verwiesen wurden. Und so ähnelte die Demonstration zum nächsten U-Bahnhof eher einem Marathon, als einer Demo. Immer wieder wurden Leute festgenommen, zum Schluß auch ein Teil der Lautsprecherwagen-Crew. Anlaß dafür war eine Pappnase und ein angeklebter Schnauzbart. Na dann - Heiter weiter!

Vertriebene knallen durch

Der Rep 7-8/95 - Von dem harten Boden der Realität scheinen gewisse Kreise der Rechten schon abgehoben zu sein, so kündigt ein ***Zentralrat der vertriebenen Deutschen*** in der REP-Zeitung ***Der Republikaner***, sowie in der ***Nation & Europa*** eine Großdemonstration ungeahnten Auswuchses an. Man plant, daß, wenn dann 100.000 Menschen auf der Straße seien, die Demonstration durch das Brandenburger Tor zur Siegessäule gehen soll, wo dann eine Abschlußkundgebung stattfinden sollte. Denn: *„Sobald nur jemand unsere Meinung in dieser Sache öffentlich kundtut, wird er von den Massenmedien als Rechtsextremist oder Revanchist apostrophiert. Wir müssen uns daher den Weg in die Medien erkämpfen, indem wir am 3. Oktober in Berlin machtvoll auf die Straße gehen. Wir müssen das Monopol der Meinungsmache der Medien durchbrechen."* usw. Als einige interessierte Antifas mal nachfragten, was es denn mit dieser Massendemonstration auf sich habe kam die ernüchternde Antwort, daß die Großveranstaltung sowieso schon längst abgesagt sei. Pech gehabt, vielleicht klappts ja beim nächsten Mal. Als Adresse für den Zentralrat fungiert: **Georg Paletta**, Am Einsiedel 34, 91785 Pleinfeld/Bayern.

Nazi geoutet

WGA 9/95 - Die Nachbarn des Neonazis **Rudolf Kendzia** wurde durch Antifas darüber aufgeklärt, daß der sonst recht unauffällige ältere Herr ein aktiver Nazi-Kader ist. Auf Aufklebern, welche im gesamten Beifußweg in Rudow verklebt wurden stand, daß R. Kendzia Landesvorsitzender der ***Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)*** Berlin, Landesgeschäftsführer und Fraktionsschatzmeister der ***Republikaner*** Berlin, Bundesvorsitzender der ***Deutschen Liga (DL)*** und Kandidat für den Berliner Naziverein ***Die Nationalen*** war.

Nazi-Hool angegriffen

FR, Tsp 12.9.95 - Am 9. September '95 wurde in der Nähe des Hauptbahnhofs ein Nazi-Hooligan von zwei jungen Antifas angegriffen. Dabei wurde der Rechtsradikale so verletzt, daß er ins Krankenhaus muß. Die Polizei nahm zwei Tatverdächtige fest, darunter einen 16jährigen.

Abschiebehäftlinge ausgebrochen

JW 14.9.95 - Zum wiederholten Male in diesem Jahr ist einigen Abschiebehäftlingen die Flucht aus dem Abschiebeknast in der Kruppstraße gelungen. Drei Abschiebehäftlinge haben in der Nacht zum 13. September '95 das Polizeigewahrsam verlassen, indem sie ein Fenstergitter in einer Toilette im ersten Stockwerk lösten und sich mit Bettlaken abseilten.

Republikaner Tiergarten zerstritten

AIM-Info 3/95 - An der Person von Neonazi **Frank Seifert** machen sich bei den ***Republikanern*** immer wieder interne Streitigkeiten fest. Wie es aus dem Berliner Landesvorstand zu hören ist, ruht Seiferts Parteimitgliedschaft aufgrund eines im April '95 gefaßten Beschlusses. Weiterhin heißt es, daß Seifert aus der Partei ausgeschlossen werden soll. Das zu forsche Auftreten des Jungnazis mit seinen antisemitischen, rassistischen Nazisprüchen und Aktionen (siehe WGA #1, 2, 4) war den REPs einwenig zu deutlich. Obwohl Seiferts Mitgliedschaft ruht, nahm er sein Stimmrecht auf einer Kreismitgliederversammlung in Berlin Tiergarten wahr, da es ihm von der Mehrzahl der Anwesenden zugestanden wurde. Er wurde auf dieser Versammlung zum Tiergartener Spitzenkandidaten zur BVV-Wahl im Oktober gekürt. Das REP-Parteischiedsgericht erklärte, die Wahl der Kandidaten zur BVV, im Nachhinein für gültig. Nun gab es bei den REPs untereinander Streit, da Seifert mehrere Wochen seiner Einberufung zur Bundeswehr nicht folgte - er war fahnenflüchtig. Weil Seifert trotz diesem „undeutschen" Verhalten perdu nicht zurücktreten wollte, traten andere REP-Kandidaten aus Protest zurück. Es wurde also nachgewählt. Allerdings war die Liste danach nur noch halb so groß.

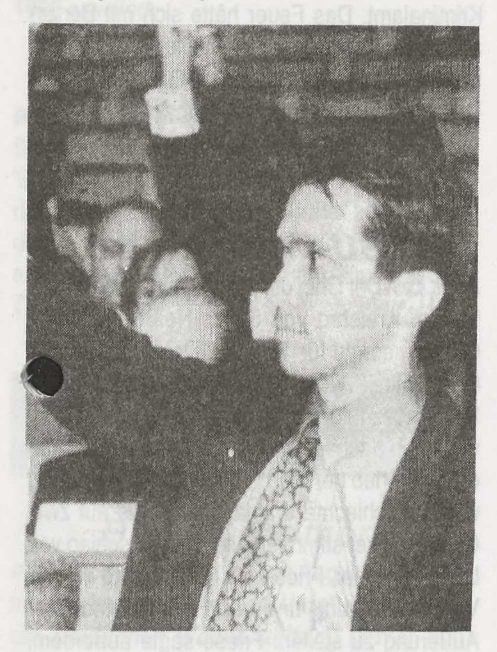
Postfach der AIM durchsucht

AIM-Info 3/95 - Erst Ende Mai erfuhr die ***Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)*** davon, daß bereits im März ihr Postfach (welches auch von anderen Gruppen genutzt wird) auf Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten durchsucht wurde. Dabei wurde die ***Was geht ab?*** vom März '95 beschlagnahmt. Die Durchsuchung geschah auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, die wegen „Beleidigung pp." im ***AIM-Info*** #6. ermi[illegible] Wer sich allerdings von diesem Info beleidigt fühlt, ist bisher nicht klar. Ebenfalls unklar ist der Grund für die Beschlagnahmung der „Was geht ab?".

VJJ tendiert nach rechts

RAG #14 - ***VJJ*** das heißt ***Verband Junger Journalisten*** und dieser hat nach eigenen Angaben 854 Mitglieder. Führende Mitglieder dieses Verein liebäugeln auffällig mit Rechtsextremisten und auch bei den nationalliberalen Unterwanderungsversuchen der ***FDP*** mischt der Verein mit. Bereits im Dezember '93 hatte es die ersten Querelen um den VJJ Berlin-Brandenburg - BJP e.V. gegeben. Berlins damaliger Jugendsenator **Thomas Krüger** (SPD) trat aus dem Kuratorium zurück und erklärte, er könne: *„nicht sicher sein, daß nicht mein Name und m[illegible] politische Funktion als Senator für Jugend und Familie dazu verwendet werden, die Etablierung eines personellen und informellen Reservoirs im Umfeld rechtsextremer Aktivitäten zu erleichtern"*. Konkret nennt Krüger den 31jährigen **Torsten Witt**, seit der Gründung des Vereins 1984 ununterbrochen Vorsitzender, und seine Tätigkeit für die ***Junge Freiheit***, sympathisierende Kontakte zu rechtsextremen Jugendzeitschriften und öffentliche Solidarisierung Witts mit dem österreichischen Rechts-Populisten ***Jörg Haider***. In der Zeitschrift der ***Jungen Nationaldemokraten (JN) - Denkzettel*** - erschien das Logo der ***Berliner Jugendpresse (BJP)*** im Impressum. 1984 gründete sich der BJP hauptsächlich aus Redakteuren der ***Berliner Schüler Union (BSU)*** bzw. ***Junge Union (JU)*** beides CDU - Jugendorganisationen. Später traten viele Vorstandsmitglieder zu den ***Republikanern*** über. Auch über Torstens Witt enge Zusammenarbeit mit den Republikanern wird sich schon lange in linken Kreisen erzählt. Der VJJ-Vorsitzende Witt ist heute Mitglied der FDP. Hier gilt er als Vertreter des rechten Flügels. Von 1991

bis 1992 bekleidete Witt einen Vorstandsposten bei den Berliner Jungen Liberalen, während dieser Zeit machte die Politik bei ihnen einen gewaltigen Sprung nach rechts. Forderungen nach einem „Freistaat Preußen“, einem „Europa der Vaterländer“, Abschaffung des Rechtes auf Asyl u.ä. stand auf einmal auf ihren blau-gelben Fahnen. Als Vorbild gilt nicht die FDP, sondern die **Freiheitlichen (F)** des Jörg Haider. Deren Zeichen wurde - leicht abgewandelt - zum Symbol der Jungliberalen gemacht.



Torsten Witt

REPs streiten mit Senat

JF 4.9.95 - Seit 1994 wird der Berliner Landesverband der **Republikaner** durch den Verfassungsschutz beobachtet, aus diesem Grunde legten die REPs eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht in Berlin ein. Nachdem dann das Landesamt einige Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der REPs veröffentlichte, schrieb der Berliner Landesvorsitzende der REPs **Werner Müller** ein Brief an den für den VS zuständigen Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen. In diesem forderte er ein Ende der Beobachtung seiner Partei, aber auch das half nichts, an der Beobachtung der Berliner REPs änderte sich nichts. Pech gehabt.

Schwerdt informiert

BBZ 4.9.95 - Anfang September landete bei allen AbonnentInnen der rechtsradikalen ***Berlin Brandenburger Zeitung (BBZ)*** ein Brief von **Frank Schwerdt**, Vorsitzender des Nazi-Vereins ***Die Nationalen*** im Briefkasten. In diesem informiert er seine Leser darüber, daß wegen der Hausdurchsuchung vom 2. August '95 bei ihm in Heiligensee (siehe WGA #8) die aktuelle BBZ noch nicht erscheinen kann. Er kündigt an, daß September '95 zwei lokale Ausgaben der BBZ in Thüringen und Franken erscheinen werden. Danach beruhigt er die Leser: *„Die Hausdurchsuchung und Beschlagnahme unserer Technik steht nicht im Zusammenhang mit der Zeitung. Adreßmaterial fiel der Polizei auch nicht in die Hände, da der Vetrieb der Zeitung nicht von den Redaktionsräumen aus abgewickelt wird.“* Daß die Hausdurchsuchung nichts mit der Zeitung zu tun hat, könnte sogar stimmen, denn vielmehr ging es um die Herstellung und Verbreitung der Schulungsbriefe des ***Völkischen Freundeskreises (VFK)***. Anfang August durchsuchte die Polizei zwei Wohnungen von Mitgliedern der Nationalen in einem Haus in Reinickendorf. Mieter der Wohnungen waren einmal Frank Schwerdt, sowie ein 24jähriger welcher nach Polizeiangaben der Herausgeber eben dieses Schulungsbriefes und Beisitzer bei den Nationalen ist. Und zum Schluß des Briefes erinnert **Rudolf Kendzia** noch einmal daran, daß die braven AbonnentInnen doch endlich ihre Abos bezahlen sollen.

Freispruch für Polizisten

JW 15.7.95 - Drei Polizisten sind am 14. Juli '95 vom Vorwurf der Mißhandlung eines 35jährigen Iraners freigesprochen worden. Das Landgericht Berlin hob eine Veruteilung der Angeklagten wegen Körperverletzung im Amt auf.

Brandenburg

Prügelei in der S-Bahn

BeZe 18.8.95 - Am 5. März '95 forderte ein Togolesischer Fahrgast einen Bahnmitarbeiter auf, in der S-Bahn auf dem Weg nach Strausberg, die Tür wegen der Kälte wieder zu schließen. Doch der Bahnmitarbeiter reagiert nicht. Nach Aussagen des Togolesen beschimpte er ihn stattdessen als „Kakerlake“. Es kam zu einer Prügelei und nur einer der zwölf Fahrgäste half dem Angegriffenen. Der Bahnmitarbeiter soll auch den Helfer angegriffen haben, worauf der Mann aus Togo mit seinem Skateboard zuschlug. Die herbeigerufene Bahnpolizei glaubte nur dem Bahnmitarbeiter K., der behauptete, er sei von beiden ohne Grund angegriffen worden und erstattete Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung.

Rechte Schläger

API 16.9.95 - Mutmaßlich Rechtsextreme haben in der Nacht des 15. September '95 in Guben drei Jugendliche vor einer Tankstelle überfallen, zusammengeschlagen und beraubt. Die fünf Angreifer waren laut Polizeiangaben mit einem Pkw vorgefahren und fielen über ihre Opfer her, die in der Tankstelle eine Palette Bierbüchsen gekauft hatten. Die Opfer seien derart mit Fäusten geschlagen und mit Springerstiefeln getreten worden, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Die Angreifer, laut Aussehen der rechtsradikalen Szene zuzuordnen, konnten unerkannt entkommen.

Nazi-Treffen aufgelöst

BeZe, JW 8.9.95 - Von der Cottbuser Polizei wurde am Mittwoch abend den 6. September '95 ein Treffen von rund 70 Rechtsextremisten aufgelöst. Laut Angaben der Polizei waren unter den Teilnehmern aus mehreren Bundesländern auch die Vorsitzenden der verbotenen ***FAP***, **Friedhelm Busse**, und der ***Deutschen Alternative***, **Frank Hübner**, sowie der Vorsitzende der ***Nationalen***, **Frank Schwerdt**.

Israelischer Tourist verprügelt

FR, Taz 15.8.95 - In der Nacht zum 14. August '95 ist in Potsdamein israelischer Tourist von zwei Naziskins brutal zusammengeschlagen worden. Der Israeli erlitt Kopfverletzungen und ein Nasenbeinbruch. Die Täter konnten unerkannt fliehen.

Nazi-Opfer sollte abgeschoben werden

JW 9.9.95, WGA - Die Abschiebung des Namibiers **Lucas Nghininwa** konnte in letzter Minute verindert werden. Der 22jährige gelangte zur traurigen Berühmtheit, weil er 1991 bei einem Überfall von deutschen Rassisten schwer verletzt wurde. Etwa 30 Rechtsradikale stürmten das Wohnheim in Wittenberge, in dem er mit anderen DDR-VertragsarbeiterInnen wohnte. Die Rassisten drängten Lucas Nghininwa, der damals als Lehrling im Reichsbahn-Ausbesserungswerk arbeitete, auf den Balkon. Sie stießen ihn und seinen Freund Jona über die Brüstung, beide überlebten den Sturz aus dem 4. Stock nur knapp. Nach diesem Überfall und dem Mordversuch gab es große Reden von Politikern, daß sie nun gegen den Rassismus vorgehen wollen. Einige besuchten ihn sogar an seinem Krankenbett. Doch nun sollte Lucas Nghininwa abgeschoben werden, weil er keine Aufenthaltsberechtigung für Deutschland hat. Dabei ist es ihnen sogar egal, daß der Täter bis heute noch nicht für diesen Mordversuch verurteilt wurde. Wann es einen Prozeß geben wird, ist bisher ungewiß. Sicher ist aber, daß Lucas Nghininwa der einzige Belastungszeuge ist. In den Wochen vor dem Abschiebetermin sorgten Freunde von Lucas dafür, daß sein Fall überall in der Presse bekannt wurde. Viele Zeitungen machten den Skandal öffentlich, und so machten viele Menschen Druck, um die Abschiebung zu verhindern. Doch erst wenige Tage vor der geplanten Abschiebung wurde sein Aufenthalt

verlängert. In diesem Zusammenhang wurde vom ***Immigrantenpolitischen Forum (IPF)*** in Berlin darauf hingewiesen, daß es leider alltägliche Praxis ist, mit der Opfer rassistischer Gewalt von den Behörden konfrontiert werden. Oft werden die Opfer nach den Angriffen allein gelassen, ohne Geld für Anwälte und ohne andere Unterstützung. Lucas Nghininwa hatte Glück, daß sich Leute um ihn gekümmert hatten.

Angriff auf Afrikaner

PS 3.9.95 - Am Busbahnhof Belzig haben sechs bis acht Rechtsextremisten zwei Afrikaner mit rassistischen Sprüchen provoziert. Als die beiden nicht reagierten, wurden sie mit Fausthieben geschlagen und mit Springerstiefeln getreten. Zwischendurch holten sie Verstärkung, um weiter auf die Schwarzen einzuschlagen. Die beiden Opfer retteten sich in den Bus nach Berlin. Dort informierten sie ihren Anwalt, der bei der Polizei Anzeige erstattete. Der Belziger Polizeichef ist „optimistisch", daß die Täter gefaßt werden.

Nazi-Parolen

BeZe 18.9.95 - Drei Jugendliche sind in Prenzlau nach dem Brüllen von „Sieg Heil"-Rufen festgenommen worden. Die Gruppe hatte auf dem Marktplatz einen Platzverweis der Polizei mißachtet. Beim Abführen zum Funkstreifenwagen habe einer der Jugendlichen Widerstand geleistet und wild um sich geschlagen. Die Polizei ermittelt wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Skinheadtreffen in Luckenwalde

API 18.9.95 - Ein in Luckenwalde als Geburtstagsfeier getarntes Skinheadtreffen hat sich infolge starker Polizeipräsenz selbst aufgelöst. 150 Jugendliche hatten sich in der Gaststätte versammelt. Es soll zu keiner Straftat gekommen sein. Mehrere Fahrzeugkennzeichen und Personalien wurden überprüft.

Dolgenbrodt

Taz, JW 22.9.95 - In der Zweitauflage des Dolgenbrodt-Prozess (siehe WGA # 8) hat der 21jährige Angeklagte **Silvio Jankowski** sein Schweigen gebrochen. Analog zum ersten Verfahren beschuldigte er **Marco Sch.**, **Erik Otto** und **Renato P.** der Tat. Nach seiner Version habe ihn P. nach der Brandnacht angerufen und ihn beauftragt, doch mal in Dolgenbrodt vorbeizuschauen. Am gleichen Abend soll P. in der „Spielhölle" König Wusterhausens über die Einzelheiten des Anzünden erzählt haben sowie Otto und Sch. als Mittäter genannt haben. Schon in seiner polizeilichen Vernehmung hatte Jankowski als Alibi den Einbruch in vier Pkw eines Autohauses zum Diebstahl von Autoradios gestanden. P. und andere haben Jankowski schwer belastet und erzählt, daß er vor ihnen die Tat eingestanden hat. Silvio Jankowski behauptet jedoch, daß er sich bei den Rechten nur interessant machen wollte. Neu bei dem zweiten Gerichtsverfahren ist, daß sich Jankowski erstmals als aktives Mitglied der rechten Szene bekannte. Dies geschah, weil Staatsanwältin Petra Marx dem Gericht Fotos vorlegte, die ihn beim Aufmarsch in Halbe beim Volkstrauertag 1991 zeigen. Diese Dokumente haben jedoch im Prozeß keine Rolle gespielt. Laut Silvio Jankowski habe ihn der Kern der Königs Wusterhausener Rechten nie akzeptiert oder ernst genommen. Deshalb sei er ab 1992 nur noch zu Konzerten gefahren und habe sich an Wehrsportübungen beteiligt. Tatsächlich hatte Jankowski lange Zeit eine führende Rolle innerhalb der örtlichen rechtsextremen Szene inne. Sein bisheriges Schweigen begründete er damit, daß Otto ihm befohlen habe nichts vor Gericht zu sagen. Bisher hat das Gericht keine stichhaltigen Beweise für die Schuld des Angeklagten.

Steine auf polnischen Bus

JW 9.9.95 - Erneut wurden in Frankfurt/Oder polnische Fahrzeuge mit Steinen beworfen. Wie die Polizei mitteilte haben unbekannte Täter frühs am 8. September auf einen polnischen Pkw und kurze Zeit später auf einen Reisebus gezielt. Bei beiden Fahrzeugen wurde die Frontscheibe zertrümmert. Der Busfahrer wurde durch die Glassplitter am Auge verletzt. Einen ähnlichen Vorfall gab es schon 1991.

Prozeß nach Überfall

BM 21.9.95 - Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, Beleidigung und Hausfriedensbruch müssen sich zwei Jugendliche vor dem Jugendschöffengericht Frankfurt/Oder verantworten. Beide haben am 27. Juni '95 einen polnischen Studenten überfallen (siehe WGA #8). Die beiden Angeklagten gestanden am 20. September die Tat. Der polnische Student wurde erneut vor dem Studentenwohnheim angepöbelt.

Prozeß wegen Brandanschlag

Taz, JW 18.8., Tsp 1.9.95 - Der vor drei Jahren verübte Brandanschlag auf die jüdischen Baracken der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen wurde vom 17. August '95 an vor dem Potsdamer Landgericht neu aufgerollt. Bei dem Anschlag waren zwei Baracken zerstört worden. Aus Mangel an Beweisen wurden die beiden Verdächtigen 1993 freigesprochen. Auf Revision der Staatsanwaltschaft hatte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe den Freispruch aufgehoben und das Verfahren erneut zur Verhandlung an das Landgericht Potsdam zurückverwiesen. Einen Tag vor der Wiederaufnahme des Prozesses wurde der 22jährige **Ingo K.** verhaftet, weil er keine ladungsfähige Adresse hatte. Die beiden Angeklagten streiten jede Beteiligung an dem Anschlag ab. Die Freundin von Ingo K. erneuerte am 22.8.95 das Alibi, daß er zur Tatzeit mit ihr auf einer Geburtstagsfeier war. Ein Brandsachverständiger hat einen Molotow-Coctail als Brandursache ausgeschlossen, andernfalls müßten die Scherben der Flasche ja gefunden worden seien. Es ist aber nicht auszuschließen, daß außer der Brandentstehungsstelle nichts gründlicher untersucht wurde, so Werner Gauernack vom Brandenburgischen Kriminalamt. Das Feuer hätte sich mit Benzin auch wesentlich schneller entfalten müssen. Die Brandursache sei also noch unbekannt. Das Urteil soll am 5. Oktober verkündet werden.

DSU-Mann für KZ

JW 25.8.95 - Der Chef der zweiköpfigen ***DSU***-Fraktion im Kreistag von Spree-Neiße **Adalbert Gloyna**, sorgte für Tumulte. Der 60jährige äußerte bei der Wahl eines Amtleiters während Stimmauszählung: „Wenn es nach mir ginge, würde ich Sachsenhausen und Buchenwald wieder in Betrieb nehmen." Anlaß für die Äußerung war der schlechte Wahlausgang. Bis auf zwei CDU-Politiker stimmten alle dem Vorschlag von Landrat Dieter Friese zu, Strafantrag wegen Volksverhetzung und verfassungsfeindlicher Äußerung zu stellen. Friese sagte außerdem, daß der Kreisrat beschlossen hat, ihn von allen Sitzungen auszuschließen und ihn nach Beendigung aufzufordern, sein Mandat niederzulegen. Nach neuen Informationen sieht es so aus, daß Gloyna wieder an Sitzungen des Kreistages teilnehmen darf. Wie das Cottbuser Verwaltungsgericht mitteilte, ist ein Verbot der Teilnahme Gloynas am Kreistag nicht Rechtens.

Amnesty kritisiert Asylverfahren

BM 27.8.95 - Die Berlin-Brandenburger Sektion der ***amnesty international*** hat das deutsche Asylverfahren im Hinblick auf Flüchtlingsfrauen kritisiert. In einem offenen Brief, der beim Sommerfest der Menschenrechtsorganisation in Potsdam von zahlreichen BrandenburgerInnen per Unterschrift unterstützt worden ist, werden die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß vor sexueller Demütigung und geschlechtsspezifischer Verfolgung geflohene Frauen ein gerechtes Verfahren in Deutschland erwarten können. In dem Schreiben heißt es, vielfach sei es an der Tagesordnung, daß Frauen mit traumatischen Erlebnissen diese gleich im ersten Anhörungsverfahren schildern müßten, wozu sie oft gar nicht in der Lage seien. Weiterhin wird kritisiert, daß anders als etwa in Kanada geschlechtsspezifische Verfolgung in Deutschland nicht zur Anerkennung als politische Verfolgte führt.

Sachsenhausen-Ausstellung

BM 23.8.95 - Die Ausstellung „Juden in Sachsenhausen" wurde am 5. September '95 im rechten Flügel des Neuen Museums der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen nach kurzer Umgestaltungszeit wiedereröffnet. Die Tafeln wurden aktualisiert und um Biographien jüdischer KZ-Häftlinge sowie einer Dokumentation zum Brandanschlag auf die jüdischen Baracken im Sommer 1992 erweitert.

Skins bedrohten Zirkus

BeZe 28.8.95 - Etwa 15-20 Personen, vermutlich Skinheads, haben in der Nacht zum 26. August '95 in Bad Freienwalde Artisten eines Zirkus bedroht. Nach dem sie „Hitler Grüße" zeigten und dem Artisten drohten „ihre Zelte und Wagen anzuzünden". Als die Polizei kam, flüchteten die Täter unerkannt.

Bremen

DVU in Bremen

DNZ 25.8., DWZ 18.8./8.9.95 - Seit August findet ein monatliches Treffen der ***DVU*** statt. Sie warb in der ***Deutschen Wochenzeitung (DWZ)***, von **Gerhard Frey**, für das Treffen und suchte Unterbringungsmöglichkeiten für „Wahlhelfer". Treffpunkt ist jeden ersten Samstag, um 10.30 Uhr am Haupteingang des Ronald-Centers. Von dort aus geht es zum „Frühschoppen". Kontaktadresse bot **Herr Gerigk** (Tel. 089/896 08 50) aus München, der schon Transportmöglichkeiten für die DVU-Großkundgebung in Passau anbot. Bei einer Plakatier-Aktion der DVU bekamen sie in Bremerhaven Widerstand zu spüren. Dabei wurden sie von einer Gruppe ausländischer Antifas angegriffen und vertrieben. Für Mitfahrgelegenheiten zur DVU-Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle am 30.9.95 bot die DVU für Interessenten aus Goslar Vermittlungen unter der Nummer 05325/4649 an. Der Vorsitzende des Landesverbandes der DVU ist **Sven Eggers**, sein Stellvertreter ist **Klaus Blome**. Die Beisitzer sind **Marion Blohm**, **Udo von Seggern**, **Siegfried Tittmann** und **Hans-Otto Weidenbach**.

Kurde wegen Schlamperei gestorben

JW, Tsp 22.8., FAZ 5.9.95 - In Bremen ist am 22.6.95 der kurdische Asylbewerber **Celal Akan** gestorben. Der 36jährige Mann war aus einem türkischen Gefängnis geflohen und meldete sich im Februar 94 bei der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Bremen. Er wurde noch am selben Tag als Notfall in einem Krankenhaus behandelt. Akan hatte wegen seiner chronischen Hepatitis eine starke Leber-Zirrhose, so daß eine Transplantation nötig war. Ein Sachbearbeiter im zuständigen Ordnungsamt kam zu dem Ergebnis, daß nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Kosten von 300.000 DM zu übernehmen seien. Wegen den hohen Kosten informierte er die Behörde des Senates für Gesundheit. Diese bejahte Akans Anspruch auf eine neue Niere. Staatsrat **Hoppensack** wurde ebenfalls um seine Zustimmung gebeten doch er verlangte weitere Auskünfte. Das Ortsamt stellte fest, daß Arkan verzogen und nicht mehr gemeldet sei, doch er meldete sich im Februar 95 beim Ordnungsamt, wo er offiziell nicht mehr existierte. Er starb noch vor der Bestätigung der Übernahme der Kosten durch den Senat. Ein unabhängiger Gutachter soll nun den Tod aufklären. Hoppensack bedauerte den Vorfall und will seinen Rücktritt einreichen, sollte der Tod der Schlamperei seiner Behörde zuzuschreiben sein. Gegen ihn wird wegen fahrlässiger Tötung ermittelt.

Zwangsröntgen von AsylbewerberInnen

SZ, KSA 26.8.95 - Die Bremer Justizbehörde und die Staatsanwaltschaft halten Zwangsröntgen bei jüngeren Asylbewerbern für legetim. Damit sollen falsche Altersangaben entlarvt werden. Außerdem könne man so bestimmen, ob in Straffällen das Jugend- oder das Erwachsenenstrafrecht angewand werde. Protest wurde vom ***Deutschen Ärztetag*** und von der ***Hamburger Ärztekammer*** ausgesprochen.

Polizeieinsatz gegen JRE

JRE - Am 13. August 95 versammelten sich etwa 70 jugendliche Antifaschisten in Bremerhaven, um an einer Überplakatieraktion gegen die ***DVU*** teilzunehmen. Aufgerufen dazu hatte ein Bündnis aus ***JRE, IG Metall-Jugend, Inisiatif Antifa Genclik, SAV, Grüne Jugendinitiative und PDS***. Die Polizei nahm die Personalien fest, beschlagnahmte Plakate und drohte damit, die Adressen an die DVU weiterzugeben.

Hamburg

Jürgen Rieger überfallen

JW, Bild 31.8., DWZ 8.9.1995 - Der bekannte Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** ist nach einem Prozeß in Hamburg überfallen und zusammengeschlagen worden. Er verteidigte zwei Männer im Alter von 24 und 25 Jahren, die wegen Volksverhetzung vor Gericht standen. Sie hatten auf einem ***Nationalen Infotelefon (NIT)*** behauptet, Spielbergs Film „Schindlers Liste" halte den „Auschwitz-Mythos" am Leben. Als Rieger am 30.8.95 das Gerichtsgebäude verließ, wurde er in einer nahegelegenen Straße von 5-7 Vermummten angegriffen und zusammengeschlagen. Die Täter enteigneten ihm seinen Aktenkoffer mit Prozessunterlagen und verschwanden. Rieger wurde mit Prellungen, Schürfwunden sowie Verletzungen an Hand und Kopf in ein Krankenhaus eingeliefert und nach ambulanter Behandlung wieder entlassen. Die Polizei verhaftete mittlerweile einen 21jährigen iranischen Student als möglichen Tatverdächtigen. Der Prozeß indem Rieger sich als Anwalt betätigte wurde vertagt.

Nicht vergessen:
Am **20. Oktober '95** ist **Redaktionsschluß** der **Was geht ab?**

Hessen

Tod in der Haft

Taz 26.8.95 - Im Untersuchungsgefängnis Frankfurt-Preungesheim haben sich zwei Untersuchungshäftlinge erhängt. Wie die Anstaltsleitung am 25. August '95 mitteilte, wurde am Morgen ein 60 Jahre alter Pole tot in seiner Einzelzelle entdeckt. Bereits am 22. August war ein 21jähriger Marokkaner tot in seiner Einzelzelle gefunden worden.

Nazi-Treffen

NIT 8.8.95 - Am Samstag, den 5. August '95 versammelten sich etwa 150 Nazis, um den '92 bei einem Motorradunfall gestorbenen Neonazi **Thomas Fink** zu ehren. Redner waren u.a. **Siegfried Borchart**, **Michael Petri**, **Thorsten Heise** und **Christian Worch**. Eingeladen hatten der ***Autonome Nationalistische Koordinierungskreis Siegerland/Sauerland Rüttgenstein, Nordhausen***. Die Gemeinde Willingen-Usseln hatte sich nicht gegen das Treffen gewehrt.

Bürger gegen Flüchtlings-Häuser

FNP 26.8.95 - Die überparteiliche ***Bürgerinitiative Dorn-Assenheim***, die verhindern möchte, daß Ende des Jahres etwa 60 Flüchtlinge in zwei Häuser der Wetterauer Flüchtlingshilfe im Ligusterweg einziehen, macht Druck. BI-Sprecherin **Caroline Rack-Nungesser** hat am 25. August '95 Landrat **Rolf Gnadl** und dem Reichelsheimer Stadtverordnetenvorsteher **Hagen Behrens** Petitionen mit 472 Unterschriften zugestellt. Sie verlangen, daß die Flüchtlings-

hilfe das Erbbaurecht an einen kommunalen Träger oder eine private Gesellschaft überträgt. Die Initiative machte eine Umfrage in Dorn-Assenheim, nach der von 169 ausgefüllten Fragebögen 149 Befragte die Frage verneinten, ob sie „grundsätzlich gegen die Maßnahmen der Flüchtlingshilfe" seien. 97% jedoch meinten, daß die Häuser der Flüchtlingshilfe „am jetzigen Standort fehlplaziert seien". Die Initiative wertet die Umfrage als „klare Absage gegenüber dem, was die politisch Verantwortlichen, ohne die Bürger zu fragen, durchgeboxt haben".

Prozeß gegen Abschiebe-Häftlinge

JW 7.9.95 - Über ein Jahr nach der sogenannten Elwe-Meuterei fanden am 11. September '95 weitere Prozesse gegen weitere fünf von 17 beteiligten Häftlingen im Landgericht Kassel statt. Am 24. Juli '94 hatten 39 überwiegend algerische Abschiebehäftlinge im Kasseler Untersuchungs- und Abschiebegefängnis Elwe eine Revolte gestartet, die am folgenden Tag von Beamten der **GSG 9** niedergeschlagen wurde. Bei der Revolte waren ein 39jähriger Vollzugsbeamter und Teile des Gefängnisses in Brand gesteckt worden. Die aufständischen Häftlinge hatten über die schlechte Versorgungssituation in der Abschiebehaft, mangelnden Kontakt zu Freunden und Verwandten und die lange Haftdauer geklagt. Zwei der Häftlinge nutzten ihren Prozeß im Dezember '94, um zu schildern, wie sie und ihre Mitgefangenen nach der Festnahme mißhandelt worden seien.

Mecklenburg-Vorpommern

Fascho-Prozeß

JW 8.8.95 - In Stralsund hat der Prozeß gegen 15 Jugendliche im Alter von 18-25 Jahren begonnen. Sie sind wegen Landfriedensbruch und Volksverhetzung angeklagt. Sie hatten während der Wallenstein-Tage im Juli 1994 das Schiff „Stella Marina" mit Flaschen angegriffen, ausländerfeindliche Parolen gerufen und gedroht das Schiff anzuzünden. Auf dem Schiff befand sich eine Berliner Jugendgruppe, zu der auch türkische Jugendliche gehörten, auf einem Segeltörn.

Niedersachsen

Flüchtlingsheim soll geräumt werden

JW 30.8.95 - Die Gemeinde Nordholz hat den aus Bosnien-Herzegowina stammenden Flüchtlingen des örtlichen Flüchtlingswohnheimes mit einem Polizeieinsatz gedroht. Gerechtfertigt wird die Drohung damit, daß die Flüchtlinge illegal drei leerstehende Zimmer besetzt hätten und somit die Neubelegung verhinderten. In dem ehemaligen Appartement-Hotel leben 59 Menschen, die schon seit langem über die äußerst beengten Wohnverhältnisse klagen. Es gibt weder Aufenthaltsraum, noch Gemeinschaftsraum oder Spielzimmer für Kinder, trotzdem dürfen in dem Haus bis zu 70 Personen untergebracht werden.

Abschiebehäftling beging Selbstmord

FR 17.8.95 - Ein 29jähriger Nigerianer hat sich in seiner Zelle erhängt. Er war auf Antrag der Ausländerbehörde Göttingen in Abschiebehaft genommen worden. Er hatte in Hannover mit seiner deutschen Ehefrau gewohnt. Sie beklagte sich über Gewalttätigkeiten des Mannes und offenbarte, daß er vergangenes Jahr schon einmal aus Deutschland abgeschoben worden war. Sie hatte ihn dann in Nigeria geheiratet und er war unter falschem Namen nach Deutschland zurückgekehrt.

Kein 129a-Verfahren gegen "Antifa M"

FR 17.8., ND 22.8., FAZ 23.8.95 - Der Anklagepunkt „Werbung für eine terroristische Vereinigung" gegen die Göttinger **Autonome Antifa (M)** ist fallengelassen worden. Er bezog sich auf die Verbreitung eines Plakates, auf dem der Schwarze Block vor der gesprengten Justizvollzugsanstalt Weiterstadt abgebildet ist. Darüber sind die Worte „Gemeinsam gehört uns die Zukunft" gedruckt. Weiterbestehen bleibt aber der Anklagepunkt „Bildung einer kriminellen Vereinigung". Die Antifa (M) wird beschuldigt als Vereinigung zahlreiche Straftaten, insbesondere bei Demonstrationen begangen zu haben. Nach jahrelangen Ermittlungen, Mitschnitten von mindestens 14.000 Telefongesprächen und 115 Aktenordnern mit „belastendem Material" waren 17 angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) verhaftet worden. Trotz des Wegfalls der 129a-Anklage wird den Angeklagten ein politisches Mammut-Verfahren bevorstehen.

Hetze von Rechten

JW 29.6.95 - Am 14. Juni '95 lud der **Arbeitskreis Junger Konservativer (AJK)** in die Braunschweiger Gaststätte „Zum Löwen" ein. Der AJK ist eine Gemeinschaftsgründung rechter **RCDS**-Mitglieder, rechtsextremer Verbindungsstudenten der **Alemania** und Burschenschaftlern der **Thuringia.** Für die versprochene „gute Unterhaltung" sorgte der Osnabrücker Professor für Soziologie **Robert Hepp,** geladen als Referent zum Thema „Multikulturelle Gesellschaft". Hepp hetzte schon öfter über MigrantInnen, Linke, Homosexuelle und Frauen und schreibt für Zeitungen wie die **Junge Freiheit** und **Criticon.** Er verfaßt auch Schriften über den angeblich die Deutschen „bedrohenden Volkstod in der Form wachsender Überfremdung". Nach der Einschätzung von über hundert Mitarbeitern der Uni Osnabrück, darunter 60 ProfessorInnen sind die Erklärungen ihres Kollegen wissenschaftlich gesehen „pseudoakademisch verbrämte Ansammlungen hetzerischer Klischees". Seine menschenverachtende Einstellung wiedert sie an.Initiator der Runde war das **CDU**-Mitglied **Frank Blötzke** . Ein Bekannter von ihm ist der Ex-CDUler und jetziges **REP**- Mitglied **Rudolf Krause** . Auch die CDU Prominenz wurde beim AJK vorstellig. Die Braunschweiger CDU zählt ohnehin zum rechten Flügel der Partei. So griff z.B. CDU-Ratsherr und Polizist **Manlik** die TeilnehmerInnen einer Demo für die Opfer eines Braunschweiger KZ"s an, weil er sich durch sie bei der Kranzniederlegung mit der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger gestört fühlte. Gegen eine CDU-Wahlkampfzeitung wurde Anzeige wegen Verdachts auf Volksverhetzung gestellt. Kundgebungen der AStA haben dafür gesorgt, daß der AJK sich jetzt an geheimen Orten treffen muß.

Ausländerpartei gegen Rassismus

JF 21.7.95 - Die Partei für Ausländer in Deutschland soll vorraussichtlich am 29. Oktober '95 gegründet werden. Sie will Rassismus mit legalen Mitteln bekämpfen und war längst überfällig sagte **Adnan Menderes Erdal** vom Gründungskomitee der **Demokratischen Partei Deutschlands.** Um als Partei anerkannt zu werden, muß mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder einen deutschen Paß haben.

Ausländerbeirat für Courage-Büro

JF 4.7.95 - Das von einer Arbeitsgruppe erstellte Konzept für ein „Courage-Büro" gegen fremdenfeindliche Gewalt ist vom **Ausländerbeirat** in Osnabrück an die politischen Gremien überwiesen worden, um im nächsten Jahr eine solche Einrichtung zu realisieren. Geplant ist ein antirassistisches Dienstleistungszentrum, das Betroffene unterstützen und beraten soll, sowie interkulturelles Lernen fördern will.

Ein Jahr Abschiebehaft für 16jährigen

Taz 11.8.95 - Ein sechszehnjähriger Asylbewerber, der schon seit einem halben Jahr in Abschiebehaft sitzt, soll weitere 12 Monate inhaftiert bleiben. Der Grund ist, daß die Behörden ihm nicht

glauben, daß er aus dem Togo kommt. Das Amtsgericht Goslar verfügte eine Verlängerung der Haft bis zu einem Jahr. Die sechsmonatige Abschiebehaft zuvor war verhängt worden, nachdem er der Botschaft Togos vorgeführt worden war und diese seine Aussage aus dem Togo zu stammen, anzweifelte und sich weigerte, ihm einen Paß auszustellen. Im folgenden halben Jahr gelang es der Ausländerbehörde nicht festzustellen, aus welchem Land der Jugendliche kommt und in welches Land er abgeschoben werden kann. Normalerweise hätte der Asylbewerber schon nach sechs Monaten wieder freigelassen werden müssen, doch unter Berufung auf eine Ausnahmeklausel im Ausländergesetz hat das Amtsgericht Goslar jetzt eine Sicherungshaft von einem Jahr, den längsten nach dem Gesetz überhaupt möglichen Zeitraum verfügt. Der Sechszehnjährige hat versichert, daß er, wenn es möglich wäre ihm die entsprechenden Papiere zu besorgen, freiwillig nach Togo auszureisen würde. Wird er jedoch abgeschoben werden, fürchtet er in seinem Heimatstaat getötet zu werden.

Nordrhein-Westfalen

Solingen-Prozeß

Presse 22./23.8.95 - Im Prozeß um den Brandanschlag gegen die Familie **Genç** haben die Verteidiger der Angeklagten am 21. August '95 mit ihren Plädoyers begonnen. Vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf sagte Rechtsanwalt **Ohliger**, nach seiner Überzeugung seien drei der vier Angeklagten unschuldig. Die Beweisaufnahme habe - anders als es die Bundesanwaltschaft darstelle - ein Alibi für **Markus Gartmann**, **Christian B.** und **Felix K.** ergeben. Er versuchte, das Gericht zu verunsichern, Zweifel an der Darstellung der Anklage zu säen. Die Rechtsanwälte der Opfer hatten im Gerichtssaal die Rechtschaffenheit der Täter bezweifelt, dazu sagte Ohliger: „Die Verteidiger fühlen intensiv mit der Familie der Opfer, über die unsägliches Leid gebracht wurde". Die Verteidigung forderte Freispruch für Christian B. mit der Begründung, daß dieser zur Tatzeit „mehr als viereinhalb Kilometer" vom Ort des Anschlags gewesen sei. Ohliger betonte, B. habe mit Markus Gartmann und Felix K. zur Tatzeit einen Freund in dessen Wohnung am Rande der Solinger Innenstadt besucht. Dagegen hält es die Staatsanwaltschaft für erwiesen, daß die drei Angeklagten frühzeitig aus der Wohnung aufbrachen und mit dem Angeklagten Christian R. das Haus der Familie Genç in Brand steckten. Derzeit bezeichnet sich sich der 19jährige **Christian R.** als Alleintäter. Seit Anfang September behaupten Nazis, in Wirklichkeit hätten Türken das Haus in Brand gesteckt, berufen sich aber ausschließlich auf das Hörensagen.

Antifa-Büro durchsucht

KSA 19.7.95 - Auf Anordnung des Amtsgerichts Bonn hat am 18. Juli '95 die Polizei das Büro der ***Antifa Bonn/Rhein-Sieg*** in der Altstadt durchsucht. Die Beamten beschlagnahmten Flugblätter, nahmen Schriftproben und kopierten Disketten sowie eine Festplatte. Laut Durchsuchungsbeschluß werden Mitglieder der Antifa verdächtigt, im Juni '95 die Scheiben der Godesberger Stadthalle eingeworfen zu haben.

Nicht vergessen:
Am 20. Oktober '95
ist
Redaktionsschluß
der
Was geht ab?

Dort wurde damals die umstrittene „Fachausstellung für polizeiliche und militärische Spezialeinsätze" (Copex) vorbereitet. Ihren Verdacht begründeten die Ermittler mit dem Umstand, daß Plakate der Antifa „in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Anschlag an der Stadthalle angebracht worden sind". In einem anonymen Bekennerschreiben hieß es, daß es richtig sei, sich gegen Veranstaltungen wie Copex zu wehren - „auch mit militanten Mitteln."

Rheinland-Pfalz

Fest der NPD

NIT 8.8.95 - Am Samstag, den 5.8.'95 fand nach Aussage der Faschos „mit vollem Erfolg" das Sommerfest der ***NPD*** Rheinland-Pfalz/Saar statt. Es kamen viele Faschos, unter anderem auch aus Frankreich und England. **Günter Deckert** und der Landesvorsitzende der NPD Rheinland-Pfalz, **Wilhelm Herwig**, hielten eine Ansprache. Danach spielten die Nazi-Bands ***Noie Werte*** und ***08/15***. Die Polizei griff nicht in die Veranstaltung ein.

Sachsen

Rechte Gewalt

Antifa Dresden - In dem Zeitraum vom 1. bis zum 15. Juli '95, nach dem Christopher-Street-Day, kam es in Dresden zu vermehrten Angriffen von Rechtsradikalen auf Schwule und deren Treffpunkte. Nach Wissen der ***Antifa Dresden***, kam es zu mindestens 11 Angriffen auf Schwule in Dresden.

Treffen des Witikobundes

bnr 17/95 - Vom 29. September bis zum 1. Oktober '95 findet in Bad Elster das Jahrestreffen des ***Witikobundes*** statt. Für den Sonntagnachmittag ist eine Busfahrt vom grenznahen Bad Elster in's ehemalige Egerland vorgesehen. Der 1984 von **Peter Glotz** gegründete „Witikobund e.V." (vgl. bnr 10/95) versteht sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft" und bildet den offen revanchistischen Flügel der „Sudetendeutschen". Vorsitzender des „Witikobundes" ist seit 1990 der Bundesvorsitzende der ***Unabhängigen Freien Bürger UFB***, **Walter Staffa**. Seine Stellvertreter sind **Horst Rudolf Übelacker** und **Rudolf Mähner**. Dem Bundesvorstand gehören ferner **Heinz Kraus**, **Jörg Kudlich**, **Kurt Glaser** und **Hans-Ulrich Kopp** an. Zu den weiteren Mitgliedern des Vorstands gehören bzw. gehörten die „Witikonen" **Ferdinand Lukas**, **Karl Baßler** und der Vorsitzende der rechtsgesinnten ***Gesellschaft für freie Publizistik GfP***, **Rolf Kosiek**. Als Bundesgeschäftsführerin fungiert **Gertrud Jona-Meyer**. In Österreich sitzt **Klaus Otto Burgholzer** dem „Witikobund" vor. Mehr zum „Witikobund" steht in der Antifa-Zeitung „Der rechte Rand" Nummer 35.

Sachsen-Anhalt

Skins griffen Behinderte an

Taz 11.8., ND 15.8.95 - In Magdeburg wurde eine Gruppe von Behinderten angegriffen. Sie befanden sich mit ihren drei Betreuern auf dem Heimweg von einem Kinobesuch. Gegen 20 Uhr stiegen an einer Haltestelle zwei Nazi-Skins in ihre Straßenbahn ein. Diese begannen Leute aus der Gruppe zu beleidigen, zu bedrohen und fingen an auf einen 21jährigen Behinderten einzuschlagen und einzutreten. Anschließend vollzogen sie an ihm eine Scheinhinrichtung und würgten ihn. Nachdem ein anderer aus der Gruppe die Notbremse gezogen hatte gelang den Nazis die Flucht. Die Polizei hat die beiden mittlerweile gefaßt, setzte sie aber trotz ihres Geständnisses wieder auf freien Fuß.

Ermittlungen gegen Anti-Antifa

MZ 8./22.7.,10./19.8., NTb 17.8.95 - Die Ermittlungen gegen die ***Anti-Antifa***-Infogruppe in Naumburg laufen weiter. Die ***PDS*** hatte die Staatsanwaltschaft aufgefordert gegen die Verfasser zweier Flugblätter mit dem Absender Kontaktadresse Anti-Antifa Infogruppe, Postfach 141, 06603 Naumburg einzuleiten. Sie haben eindeutig

rechtsextremistischen Charakter und enthalten die Namen einer PDS-Abgeordneten und zweier Schöffen des Mannheimer Landgerichts. Eine geplante Kundgebung der Anti-Antifa / „Friedenskomitee Naumburg" wurde verboten. Einige Zeit später wurde das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg mit rechten Parolen beschmiert, Generalstaatsanwalt **Hoßfeld** dabei persönlich angegriffen. Es wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Überfall auf Punks

API 18.9.95 - Am 18.9.95 überfielen drei rechte Jugendliche in Magdeburg zwei Punks. Die Polizei nahm am 17. September '95 zwei Tatverdächtige fest. Nach dem dritten wird noch gefahndet. Die Punks mußten nach dem Überfall ambulant behandelt werden. Die Täter seien der Polizei bereits durch frühere Überfälle bekannt.

Haftbefehle gegen Nazi-Schläger

MZ 4.8.95 - Am 19. Juli '95 wurden in Merseburg acht us-amerikanische AustauschstudentInnen überfallen. Die Studenten kamen aus einem China-Restaurant und trafen auf der Straße auf eine zehnköpfige Gruppe Neonazis, die sie beschimpften und dann brutal zusammenschlugen. Drei Studenten wurden verletzt. Daraufhin wurden 15 Hausdurchsuchungen durchgeführt, die etwas mehr Klarheit schafften. Bei den Jugendlichen handelt es sich um eine Gruppe, die sich als die ***Merseburger Werwölfe*** bezeichnet. Bei ihnen fand sich zahlreiches faschistisches Propagandamaterial, wie z.B. Schriften der ***NSDAP/AO***. Die Verdächtigen sind alle zwischen 18 und 22 Jahren alt und schon öfter auffällig geworden. Als sie Hitlers Geburtstag feierten wurden ihre Personalien aufgenommen, an Himmelfahrt 1995 hatten sie randaliert und gegröhlt. Außerdem werden ihnen weitere Körperverletzungen und Landfriedensbrüche zur Last gelegt. Gegen fünf der Verdächtigen wurden Haftbefehle erlassen.

Rechter Skinhead verurteilt

Taz 31.8.95 - Ein Nazi-Skin wurde in Magdeburg wegen lebensgefährlicher Körperverletzung an einem Türken im Herbst 1991 zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt.

Wehrmachts-Treffen

MZ 18.-21.8.95 - Am 19. August '95 trafen sich in Naumburg ehemalige Mitglieder des 53. Infanterieregiments in der Gaststätte „Zum Bürgergarten". Mit Marschmusik und Reden feierten sie das 60jährige Jubiläum zum Einzug des 53. Infanterieregiments in die Naumburgische Hubertuskaserne. Damit wurde Naumburg Garnisonsstadt. Der ***IVdN*** Sachsen-Anhalt, die ***Basisgruppe Naumburg*** und der ***BdA*** Naumburg kritisierten in einem Leserbrief in der MZ, daß bei der Veranstaltung „an den Einmarsch eines faschistischen Regiments in festlicher Form erinnert werden soll." Der Oberbürgermeister Curt Becker protestierte gegen eine solche Darstellung des „traditionellen Treffens". Er forderte die Schreiber dazu auf, sich öffentlich zu entschuldigen.

Schleswig-Holstein

Kurde erschossen

FR 5.9., JW 6./11.9.95 - In Neumünster wurde bei einem Kampf zwischen Kurden und rechten Türken am 1. September '95 der 28jährige Kurde **Sedat Kalan** erschossen und drei Personen schwer verletzt. Der 19jährige Todesschütze stellte sich anschließend. Nach den Angaben der Polizei seien die Aussagen des Türken nicht glaubhaft und stünden im Widerspruch zu den Aussagen anderer Beteiligter. Der ***Bund türkischer Einwanderer*** machte die ***PKK*** für den Vorfall verantwortlich, die Europavertretung der ***Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)*** wies den Vorwurf zurück. Nach ihren Angaben seien die Kurden zuerst in der Nähe ihres Vereinslokals von bewaffneten türkischen Faschisten angegriffen worden. „Die Realität über die Provokationen der türkischen Faschisten" werde in der Öffentlichkeit verzerrt. Die Angriffe von Banden der ***Grauen Wölfe*** würden „zentral geplant und gesteuert" sagte die ERNK. An einem Trauermarsch für den ermordeten Kurden nahmen über 8.000 Menschen teil.

Alt-Nazi schrieb für "Sleipnir"

bnr 17/95 - Der Nazi-Opa **Reinhold Elstner**, der sich im April selbst verbrannte (siehe WGA #7), war Mitglied der ***Notverwaltung des Deutschen Ostens***. Diese revanchistische Gruppe hat auch sein „politisches Testament" veröffentlicht, in dem Elstner zum letzten Mal die Vernichtung der Juden durch Gas anzweifelt. Elstner, „Freund und Leser" des ***Nation+Europa***-Verlages, und Verfasser antisemitischer Leserbriefe in der ***Bauernschaft***, schrieb zuletzt für die rechtsextreme Postille ***Sleipnir***.

Lühe-Verlag beschwört Weltkrieg

bnr 18/95 - Der ***Lühe-Verlag***, der im Umfeld des ***Bundes für Gotteserkenntnis (BfG)*** anzusiedeln ist, beschwört in einer Postwurfsendung in Norddeutschland einen Dritten Weltkrieg, der „Endkampf-Charakter" haben wird. Die Initiatoren seien Rabbiner, die in die „jahwehistische-kabbalistische Zahlen-Geheimlehre" eingeweiht seien. Geschäftsführer des Verlages ist **Harm Menkens**, der 1983 wegen antijüdischer Äußerungen vom Seefahrtlehrerdienst suspendiert wurde.

Streit bei der DVU

bnr 15/95 - Die internen Streitereien der Kieler ***Deutschen Volksunion (DVU)*** gehen weiter. Bereits 1993 verließ **Ingo Strawitz**, Landes- und Fraktionsvorsitzender die Partei. Von den sechs Abgeordneten blieb nur **Renate Köhler** der DVU treu, einer setzte seine Tätigkeit parteilos fort, die vier restlichen gründeten mit Stawitz an der Spitze die ***Deutsche Liga (DL)***. Doch auch bei der Deutschen Liga gibt es Streit. Der Geschäftsführer **Benvenuto-Paul Friese** kündigte seinen Rücktritt an. Er will mit Köhler und dem fraktionslosen Abgeordneten **Helmut Thienemann** wieder eine DVU-Gruppe bilden. Die DL und die ***Republikaner*** sind die beiden einzigen rechtsextremistischen Parteien die sich bislang zur Wahl angekündigt haben.

Was geht ab?
Postfach 110 331
10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Red.-Schluß: 20.10.95

Antifa-Prozeß vertagt

JW 25.8.95 - Der vor dem Amtsgericht Norderstedt stattfindende Prozeß gegen einen Antifaschisten ist vertagt worden. Der Angeklagte ist wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruchs angeklagt. Er hatte an der Silvesterdemonstation unter dem Motto „Knallen gegen Knäste" teilgenommen, bei der es zu Ausschreitungen kam, als sich einige DemonstrantInnen dem Abschiebeknast Glasmoor näherten. Im Prozeß waren die Aussagen zweier Polizisten so widersprüchlich, daß die Anklage eigentlich unhaltbar gewesen wäre, doch der Richter lud zwei neue Polizeizeugen und vertagte den Prozeß auf den 2. Oktober '95. Der Widerstand gegen den Abschiebeknast wird schon lange kriminalisiert. So wurde gegen FotografInnen wegen Hausfriedensbruchs ermittelt, ebenso laufen gegen viele TeilnehmerInnen des alltäglichen Spazierganges von antirassistischen Gruppen am Knast Verfahren wegen dem selben Delikt. Das ***DRK*** bekommt nur Besuchserlaubnis, wenn es sich schriftlich zur „Verschwiegenheit über Knastinternes" verpflichtet. Häftlinge, die mit DemonstrantInnen Kontakt aufnahmen, wurden mit Telefon- und Duschverbot bestraft, um den Knast wurde ein zweiter Zaun gezogen. Der stellvertretende Anstaltsleiter berief sich hierzu auf die gefährdete Sicherheit des Gebäudes.

Thüringen

Nazi-Demo in Neuhaus geplant

Umbruch 8-9/95 - In der aktuellen Ausgabe des ***Umbruch**s* (von **Steffen Hupka**) wird zu einem Nazi-Aufmarsch am 6. Mai 1996 nach Neuhaus eingeladen. Dieser soll anläßlich des „1.Todestages" von ***Sandro Weilkes*** stattfinden. Organisiert werden soll der Aufmarsch vom ***Thüringer Heimatschutz***. Bereits am 20. Mai 95 führten die ***Jungen Nationaldemokraten*** (***JN***) in Coburg einen „Trauermarsch" mit 130 Leuten für Sandro Weilkes durch. Hier sprachen **Ralf Ollert** (*NPD*-Landesvorsitzender von Bayern), **Axel Michaelis** (JN-Bundesvorstand) und ein Vertreter des Thüringer Heimatschutzes. Dieser dankte der JN für die Demoorganisierung und kündigte für's kommende Jahr den Aufmarsch in Neuhaus a[n]. Sandro Weilkes starb bei einer Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Jugendlichen vor einer Diskothek in Neuhaus. Als der Rechtsextremist Sandro Weilkes während dieser Auseinandersetzung begann einen linken Jugendlichen brutal zusammenzuschlagen und offensichtlich zu verletzen, kam der jüngere Brüder des Opfers, ein 15jähriger Junge, seinem Bruder zu Hilfe. Er verletzte Sandro Weilkes mit einem Messer so schwer, daß er später an inneren Blutungen starb (siehe WGA # 7).

Nazis störten Gedenkfeiern

FR, SZ, BeZe, JW 12.9.95 - Rechtsradikale haben am 10. September '95 Gedenkfeiern zu Ehren von Opfern des Faschismus in Saalfeld und Rudolstadt gestört. In Saalfeld entdeckten TeilnehmerInnen an einem Gedenkstein einen Feuerlöscher aus dem Drähte und eine Uhr herrausragten. Diese selbstgebastelte Bombe stellten Sicherheitskräfte der Polizei sicher, nachdem sie den Zündmechanismus entschärft hatten. Die TeilnehmerInnen dieser Gedenkfeier wurden aus einem Auto heraus von einigen Faschisten beschimpft und beleidigt. In Rudolstadt warfen Rechtsradikale Handzettel mit „rechtsgerichtetem" Inhalt auf die abgelegten Kränze ab. Sechs Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen. Die Polizei durchsuchte anschließend 13 Wohnungen in Saalfeld, Jena, Ilmenau und Rudolstadt. Dabei fand sie zahlreiches Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen, Waffenteile und Munition.

Neues von Thomas Dienel

bnr 18/95, WGA - Der bekannte Neonazi **Thomas Dienel** ruft seine Kameraden dazu auf, dem ***Volksbund Deutsches Reich VDR*** (Sitz in Nürnberg) beizutreten, in dem er selbst ein Mitglied ist. Dienel war Chef der Neonazi-Splittergruppe ***Deutsch-Nationale Partei DNP*** und der Geschäftsführer der ***Deutsche**n **Sexliga*** Weimar gewesen. Ab 1990 war er ***NPD***-Landesvorsitzender von Thüringen, bis er 1991 wegen zu neonazistischem Auftreten wieder rausflog. Dienel warf am 20. Juni '92 mit drei „Kameraden" (nach dem Tod des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski) Schweinekopfhälften in den Vorgarten der Jüdischen Gemeinde in Erfurt und erklärte „man feiere den Tod von Heinz". In die Schweinemäuler waren Zettel gesteckt, auf die Dienel geschrieben hatte:"Jedes Schwein stirbt, auch du Heinz". Er erklärte vor Gericht: „Wenn es das Bonner Judenregime nicht anders will, dann brennen eben noch mehr Neger und Vietnamesen". Kader der DNP waren neben Dienel, **Frank Bonkowski**, **Wilhelm Köberich** und **Heiko Taubeneck**. Derzeit sitzt Dienel wegen Volksverhetzung, rechtsextremistischer Delikte und Betrug in der JVA Erfurt ein. Dienel ist erst vor kurzem bei einem Prozeß freigesprochen worden, nachdem er unter anderem erzählt hatte, daß er sich von der rechten Szene abgewand hätte. Diesen Prozeß hatte er, weil er an dem Überfall auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald im letzten Jahr beteiligt war und dort offen den „Kühnen-Gruß" zeigte (siehe letzte WGA #8). Der "Volksbund Deutsches Reich" wird von **Klaus Huscher**, einem Anhänger des „Esoterischen Hitlerismus", angeleiert. Klaus Huscher ist auch Betreiber des ***Denk mit!-Verlages*** (siehe WGA #8).

DKG-Treffen

bnr 17/95, WGA, Antifa Dresden - Vom 23. bis zum 30. September '95 ist die 19. Gästewoche der ***Deutschen Kulturgemeinschaft DKG*** in Altenberg geplant. Der Leitsatz der Gästewoche lautet „Die neue Ordnungsmacht Europa. Leitgedanken für künftige Politik". Als Referenten sind unter anderen der ehemalige ***NPD***-Landtagsabgeordnete und „Witikone" **Karl Bassler**, **Sepp Biber** und **Wolfram Nahrath** von der verbotenen ***Wiking-Jugend***, **Ernst Günter Kögel**, ehemaliger Vorsitzender der ***Arbeitsgemeinschaft Demokratische Neuordnung***, und die Revisionisten **Klaus Christoph Marloh**, **Johann Peter Ney**, **Herbert Schweiger**, **Udo Walendy** vorgesehen. Das Programm der Gästewoche sieht neben den Vorträgen Feierstunden, Kulturausflüge und musikalische Veranstaltungen vor. Die DKG spaltete sich 1978 unter der Führung von **Alfred E. Mahnke** und dem am 3. Juni '95 verstorbenen **Wilhelm Nörig** vom 1950 gegründeten ***Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes e.V. DKEG*** ab. Mitveranstalter der Gästewoche im September ist der 1982 initierte ***Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.*** aus Starnberg. Dieser traf sich bereits vom 14. bis 17. Juli '95 in Altenberg, im Gasthaus Knappensaal. Aufgrund der guten Erfahrungen die diese hier machen konnten, findet vermutlich das DKG-Treffen auch in Altenberg statt (siehe letzte WGA). Das ***Gasthaus Knappensaal*** gehört dem ***NPD***-Mitglied **Stefan Giemsa** (in der letzten WGA falsch geschrieben). Giemsa besitzt, nach Infos der ***Antifa Dresden***, mehrere Kneipen in der sächsischen Schweiz bzw. im Erzgebirge, wo immer wieder Nazi-Treffen stattfinden.

Gaststätte zerstört

BeZe 7.9.95 - Am 5. September 95 brachen in Erfurt Unbekannte in eine orientalische Gaststätte ein, zerschlugen die Fenster, drangen in Räume ein, zertrümmerten die Einrichtungen und stahlen 1.000 Mark Bargeld. An die Wände schmierten sie Hakenkreuze und „Ausländer Raus". Der Gesamtschaden beträgt 120 000 Mark.

Rassismus in Vachdorf

FR 15.8., Tsp 19.8., SZ 22.8.95 - Aus Vachdorf ist der schwarze Postbote **Julio Zime** durch einige rassistische Dörfler vergrault worden. Diese weigerten sich von ihm die Post anzunehmen und mit ihm zu sprechen. Andere beschimpften ihn oder schickten ihn wissentlich in die falsche Richtung, als er wegen fehlender Schilder nach dem Weg fragte. Zum Schluß beschwerten sich noch einige bei der Post wegen ihm. Ein Geschäftsmann schimpfte in dem „Meininger Tageblatt" gegen die „Einstellung eines Ausländers, solange noch Deutsche arbeitslos sind". Die Post erklärte, daß Deutsche für diesen Job schwer zu finden seien und, daß sie Julio Zime als gute und zuverlässige Arbeitskraft schätzen. Sie versetzte ihn allerdings trotzdem in den Fahrdienst. Er stimmte dieser Versetzung zu, da er selbst von den täglichen Konfrontationen erschüttert und enttäuscht ist. Dieser, vermutlich alltägliche, Fall ging nun aber derart durch die Presse, daß die 800-Seelengemeinde kaum noch Ruhe fand. Eine Vielzahl von Protesten kamen nach diesen Vorfällen gegen das Dorf auf. Die Gemeinde versucht nun ihr rassistisches Image wieder loszuwerden. Sie distanziert sich immerwieder von rassistischem Gedankengut und bedauert den

Antifa-Demo und Party

WGA - Am **Samstag den 14. Oktober '95** findet in Rudolstadt eine Antifa-Demo statt. Treffpunkt ist 16 Uhr an der Bleichwiese. Am Abend folgt dann in Saalfeld eine „Legalize it"-Party am Schloßberg 1. Übernachtungsmöglichkeiten sind vorhanden. Einen Tag vorher, am 13. September, spielt im Klubhaus Saalfeld die linke Hip-Hop Band „Anarchist-Academy".

Vorfall. Sie luden Julio auch zu Gesprächen nach Vachdorf ein. Er erklärte aber: „Dort laß ich mich nicht mehr blicken. Sollen die Leute doch zu mir kommen und sich entschuldigen", es tue ihm aber „leid, daß Unschuldige leiden müssen". Die Post in Vachdorf trägt nun ein neuer Postbote aus. Er braucht genauso lange wie einst Zime. Doch niemand beschwert sich.

Nazis verhaftet

API, WGA - Am 16. September '95 nahm die Polizei in Sonneberg sieben Rechtsradikale vorläufig fest. Die 14 bis 17 Jahre alten Jugendlichen spielten rechte Musik ab und gröhlten „Heil-Hitler". Bei anschließenden Hausdurchsuchungen fand die Polizei rechtsradikales Propagandamaterial und Macheten. Die Rechtsradikalen wurden nach ihren Vernehmungen wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen sie werden nun Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. In Sonneberg kam es in letzter Zeit zu verstärkten Nazi-Aktivitäten von den örtlichen Nazi-Jugendlichen. Von hier kam auch die Gruppe Rechtsradikaler die sich in der Nacht vom 5. zum 6. Mai '95 vor einer Diskothek in Neuhaus mit linken Jugendlichen schlug. Dabei kam der Rechtsextremist **Sandro Weilkes** um's Leben (siehe Artikel: Nazidemo in Neuhaus in dieser WGA). Am 6. November '94 kam es in Sonneberg zu einer größeren Randale-Aktion von rechtsradikalen Jugendlichen, wobei ein 19jähriges Mädchen schwer verletzt worden war (siehe WGA # 1).

JN-Sonnenwendfeier

Umbruch 8-9/95 - In der letzten Ausgabe der WGA (# 8) schrieben wir über eine Sonnenwendfeier der WJ am 24. Juni 95 in der Burgruine Hohenstein. Diese Sonnenwendfeier wurde aber nicht (wie von der Presse bekanntgegeben) von der ***Wiking-Jugend (WJ)*** organisiert. Hinter dieser Sonnenwendfeier steckte stattdessen **Steffen Hupka** (Nazikader aus Quedlinburg), die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und einige „autonome Gruppen". Diese Veranstaltung war kurz vor Schluß von der Polizei aufgelöst worden. Die Sonnenwendfeier war konspirativ vorbereitet worden, Steffen Hupka erklärt in seiner Zeitung **Umbruch** wie: *„Die Einladungen wurden nur an ca. 15 Gruppenführer verschickt mit der Maßgabe diese nicht an andere Personen weiterzugeben, sondern nur mündlich an bekannte Kameraden weiterzugeben. Es wurde auch keine Anlaufstelle angegeben , sondern nur ein weitläufiger Veranstaltungsraum. Hier wählte ich bewußt eine ganz andere Gegend in einem anderen Bundesland, die etwa 150 km vom tatsächlichen Ort entfernt liegt. Die Mobilisierung der Polizei mußte also an einem ganz anderen Ort erfolgen, wenn tatsächlich die Einladung in falsche Hände gekommen wäre. Wer von den angeschriebenen Kameraden teilnehmen wollte, mußte sich mit der Anzahl der Begleiter anmelden, nur dann erhielt er kurzfristig eine Anlaufstelle mitgeteilt, die außer dem Ort und der Uhrzeit keine weiteren Hinweise enthielt. Es*



Steffen Hupka

wurden 2 Anlaufstellen aus geographischen Gründen festgelegt, wobei die Teilnehmer, die aus dem Süden anreisten auch nur den südlichen Treffpunkt erhielten und die aus dem Norden nur den nördlichen erhielten. Sollte also wirklich eine dieser Mitteilungen in die Hände Gegners fallen, mußte er erstmal davon ausgehen, daß nur diese Anlaufstelle exestiert und nur diese konnte er dann überwachen. Da aber alle beiden Anlaufstellen über Funktelefon in Verbindung standen, war eine rechtzeitige Warnung möglich. Für ähnliche Veranstaltungen mit größerer Teilnehmerzahl sollte grundsätzlich so vorgegangen werden, daß für jeweils ca. 30 Personen eine eigene Anlaufstelle eingerichtet wird, damit immer möglichst wenig Kameraden in eine Kontrolle bzw. Festnahme geraten. eine andere, möglicherweise noch sichere Methode ist die Organisierung der Anreise nur über Telefon, wobei der Veranstaltungsort immer mehr eingegrenzt wird und die Gruppenführer alle 15-30 Minuten die Leitung anrufen müssen um die nächste Anlaufstelle zu erfahren. Das wurde sehr erfolgreich am 19. August in Schne-verdingen praktiziert, wo sich ca. 250 Nationalisten zu einem unangemeldeten Gedenkmarsch für Rudolf Hess formiert hatten". Interessant ist außerdem, daß die Nazis aufgefordert wurden, sich zivil zu machen. Desweiteren ist bekannt, daß die Nazis im Ort ein „Sicherheitsfahrzeug" stehen hatten, daß im Funkkontakt zur „Sonnenwendfeier" stand. Die Naziveranstaltung flog dann aber doch auf, weil einige von ihnen es einfach nicht schafften sich von ihren Uniformen zu trennen und obendrein die Parkplatzposten nicht auf die Organisatoren hörten. So standen etwa eine Stunde lang offen erkennbare Nazis auf dem Parkplatz rum.

Polizisten angeklagt

Tsp 7.9.95 - Drei Thüringer Polizisten müssen sich seit dem 6. September '95 vor dem Amtsgericht Rudolstadt wegen Verdachts der Strafvereitlung im Amt verantworten, weil sie den Neonazi-Überfall auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald letztes Jahr nicht verhindert haben. Die Staatsanwaltschaft wirft den Beamten vor nicht energisch genug gegen die 22 Nazis vorgegangen zu sein. Zwei der Nazis hatten schon ihre Prozeß, einer bekam 18 Monate auf Bewährung und der andere (Thomas Dienel) wurde freigesprochen (WGA #8).

International

Argentinien

Alt-Nazi Kopps

SZ, Taz 29.8.95, WGA - Der ehemalige SS-Offizier **Reinhard Kopps** (81) ist vermutlich in die südargentinischen Stadt Bariloche zurückgekehrt. Er war Mitte Mai '95 nach Angaben seiner Frau und Zeitungsberichten zufolge in Richtung Deutschland abgereist. Hier soll er bei deutschen Neonazis Unterschlupf gefunden haben, die er davor bereits von Bariloche aus unterstützte. Kopps lebt seit Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Pseudonym **Juan Maler** in Argentinien und besitzt dort ein Hotel. Er soll während der NS-Diktatur an Massenhinrichtungen in Albanien beteiligt gewesen sein.

„Kopfgeld" für Alt-Nazi

FR 19.9.95, WGA - Mit einer Belohnung von einer halben Millionen Mark will die deutsche Justiz den meistgesuchten Nazi-Verbrecher **Alois Brunner** fassen. Bevor die Belohnung in Kraft tritt, muß die Frankfurter Staatsanwaltschaft noch zustimmen. Brunner soll seit 1954 unter dem Decknamen **Georg Fischer** in Syrien gelebt haben. Im Mai '95 hieß es, er sei in Südamerika aufgetaucht. Der frühere SS-Hauptsturmführer war Mitarbeiter im „Referat zur Endlösung der Judenfrage" im ***Reichssicherheitshauptamt (RSHA)*** und somit die rechte Hand vom NS-Kriegsverbrecher **Adolf Eichmann**. Brunner soll maßgeblich an der Deprotation von 130.000 Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Ländern in deutsche Vernichtungslager verantwortlich sein. Er wird wegen Ermordung dieser Menschen mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Belgien

Aufmarsch und Krawalle von Neonazis

API 27.9.95 - Zu schweren Ausschreitungen zwischen vorwiegend deutschen, aber auch französischen und niederländischen rechtsextremen Demonstranten und der Polizei kamen es am Sonntag, 27. September '95 im flämischen

Dixmude, wobei zwei Polizisten und zwei Neonazis verletzt wurden. Wie jedes Jahr versammtelten sich mehrere hundert Rechte um fämischen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg gefallen waren, zu gedenken. Bereits am Samstag, 26. September '95 hatte die Polizei einige Dutzend Demonstranten festgenommen, weil sie rechtsradikales Propagandamaterial bei sich hatten oder verbotene Nazi-Symbole auf ihrer Kleidung trugen. Am Samstagabend kam es dann zu den gewalttätigen Ausschreitungen in deren Verlauf mehrere Läden und eine Polizeiwache beschädigt wurden. Eine große Gruppe Rechtsextremisten hatte versucht die örtliche Polizeistation zu stürmen, um einen zuvor festgenommenen Nationalisten zu befreien. 240 Personen wurden vorläufig festgenommen und in Bussen zur belgischen Grenze gebracht, an der sie dann aus Deutschland ausgewiesen wurden.

Dänemark

Flüchtlinge gerettet

JW 2.8.95 - In der Nacht zum 1. September '95 wurden mehrere afghanische Flüchtlinge von einer dänische Fähre in internationalen Gewässern vor dem Ertrinken gerettet. Die Fähre nahm die auf vier Rettunginseln treibenden Flüchtlinge etwa 17 Meilen vor Rügen gegen 1.00 Uhr auf und fuhr mit ihnen zu ihrem Ziel nach Frederikshavn.

Lauck ausgeliefert

Taz 25.8., BM, JW 7.9.95 - Der Neonazi **Gary Rex Lauck**, Chef der ***NSDAP/AO***, ist am Dienstag, 5. September '95 nach Deutschland ausgeliefert worden. Nach seiner Verhaftung am 20. März '95 im dänischen Roskilde verzögerte sich Laucks Auslieferungstermin immer wieder, zuletzt wurde auch der Asylantrag Laucks abge-[illegible]. Auf Wunsch der dänischen Polizei sollte die Auslieferung „möglichst diskret" ablaufen, um eventuelle Störaktionen oder Sympathiebekundungen aus der Nazi-Szene auszuschließen. Der 42jährige Neonaziführer ist (war) seit 1979 Herausgeber der Nazi-Zeitung ***NS-Kampfruf***, in der er fast ungehindert, im 2-Monat-Takt, seine menschenverachtende Hetze in einer 2.000 Stück umfassenden Auflage verbreiten konnte. Da heißt es unter anderem *„Nach meiner Meinung sind die Juden eher zu human behandelt worden. Diesen Fehler dürfen wir nie wieder begehen"*. Die BRD-Staatsanwaltschaft wirft ihm jetzt Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen und Gewaltdarstellung vor. Lauck drohen nun bis zu fünf Jahren Haft - eigentlich viel zu wenig!

Frankreich

Nazi-Skins festgenommen

FR 5.9.95 - Drei französische Nazi-Skinheads sind im Elsaß wegen der Verbreitung von NS-Parolen festgenommen worden. Die Nazis, allesamt Mitglieder der Skin-Gruppe ***Elsaß Korps*** aus Straßbourg, hatten am Sonntag, 27. August '95 im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Struthof in Natzwiller vor den Gaskammern die Arme zum Hitlergruß erhoben und „Sieg Heil" gebrüllt. Bei den drei Festgenommenen wurde auch ein Film beschlagnahmt, auf dem die Skins in Nazi-Posen vor der Gaskammer stehen. Gegen die Skins wurde jetzt Anklage wegen der Verherrlichung von Verbrechen erhoben.

Großbritannien

Straßenschlacht nach der Wahl

BeZe 2.9.95 - Mehrere hundert Rechtsextremisten und antifaschstische GegendemonstrantInnen haben sich am Abend zum 1. September '95 in London Straßenschlachten geliefert. Die Faschisten und die Antifas hatten sich nach dem Abschluß einer Geimeinderatsnachwahl im westlichen Teil von London versammelt.

Italien

Grenzer erschoß Kind

BeZe 21.8.95 - Ein französischer Grenzer hat am 20. August '95 bei Nizza ein flüchtendes Kind erschossen. Das Kind war mit etwa 40 anderen Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf dem Weg nach Italien als auf sie das Feuer eröffnet wurde, nachdem sie versucht hatten eine Polizeisperre zu umfahren.

Norwegen

Neues von Burmeister

JW 14.9.95 - Nach Justizinfos aus Kongsberg bleibt der Deutsche Noenazi **Lars Burmeister** (26) mindestens bis Anfang Oktober in norwegischer Haft. Bis dahin solle sich die norwegische Regierung zu dem von Deutschland gestellten Auslieferungsantrag äußern. Burmeister, Berliner Chef der inzwischen verbotenen ***FAP***, wurde Mitte August in der Nähe von Oslo nach Ersuchung der Berliner Staatsanwaltschaft festgenommen (WGA #8).

Österreich

Neugegründete „Rosa Antifa Wien"

Rosa Antifa - Es hat sich in Wien eine neue Antifagruppe, die ***Rosa Antifa Wien***, gegründet. Die Antifas haben sich als Antisexismus-Arbeitskreis zusammengeschlossen und wollen nun als eigenständige antifaschistische Gruppe arbeiten. Dazu wollen sie unter anderem regelmäßig die Infoblätter ***Attack*** herausbringen, in dem wir die aktuellen Diskussionen und Meinungen erfahren können. Bisher sind mindestens fünf verschiedene Attacks erschienen. Interessiert? Rosa Antifa Wien, Postlagernd, 1110 Wien, Österreich

Klage gegen Haider

BeZe 14.8.95 - Fünf ehemalige österreichische Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur haben gegen den Faschisten **Jörg Haider**, Führer der ***Freiheitlichen (F)***, eine zivilrechtliche Klage eingebracht. Haider hatte die Konzentrationslager der NS-Zeit als „Straflager" bezeichnet. Der Anwalt der Kläger sagte, daß es unerträglich sei, daß KämperInnen, die für ein demokratisches, menschenwürdiges Österreich in die Nähe von Kriminellen gerückt würden. Recht hat er!

Internationaler Nazi-Treff

bnr 17/95, WGA - Zu einem internationalen Neonazi-Treffen kommt es vom 30. September bis 5. Oktober '95 in Albeck (Sirnitz). Das rechtsextreme ***Kulturwerk Österreich*** veranstaltet seine 4. Kulturtage mit einer Teilnahme am ***Ulrichsbergstreffen*** am 1. Oktober. Als ReferentInnen für die Veransatlung sind eingeladen: Der „Ostexperte" der Rechtsradikalen, **Walter Post** (Dozent für politische Wissenschaften an der Uni München und Autor im ***Ostpreußenblatt*** und in ***Criticon***), **Wolfgang Strauß** (Redaktuer der faschistischen Monatszeitungs ***Nation & Europa***), **Hajo Herrmann** (ehemaliger Nazi-Kriegsflieger), **Alexander Hoyer**, **Horst Übelacker** (stellvertretende Bundesvorsitzender des ***Witikobundes***), die Ex-REP-Politikerin **Johanna Grund** und **Emil Schlee** sowie **Imke Thomas**. Leztere kündigt seit Jahren die sonntägliche Morgenfeier bei der Hetendorfer Tagungswoche des Faschisten **Jürgen Rieger** an. Mitorganisator des Treffens ist der Ex-Nationalrat der ***FPÖ***, inzwischen ***Die Freiheitlichen (F)***, **Otto Scrinzi**. Scrinzi war von 1966 bis 1975 Bundesobmann der FPÖ. Er gestaltete beim diesjährigen 19. Seminar des ***Hilfskommitees Südliches Afrika (HSA)*** im April das Vormitagsprogramm mit. Zum Thema „Völkerbund UNO - ein oder zwei gescheiterte Experimente" wird **Werner Pfeifenberger**, Politprofessor für Sozilawesen an der Fachhochschule Münster, reden. Der 54jährige Pfeifenberger klagt zur Zeit gegen einen Journalisten einer jüdischen Zeitung - ausführliches zum Prozeß in der WGA #8. Für das Treffen wird in verschiedensten rechtsradikalen Postillen geworben - in Österreich in ***Fakten***, in Deutschland in ***Die Saat***. Über die letztjährigen Kulturtage wurde unter anderem im ***Eckartbote*** und in "Nation & Europa" berichtet.

„Feindkartei" erstellt?

TATblatt #36 - DerVorsitzende der ***Freiheitlichen (F)*** in Amstetten (Niederösterreich) **Sepp Kashofer** wird verdächtigt, BesucherInnen einer Gedenkveranstaltung für die Opfer von Krieg und Faschismus fotografiert und mit den Fotos eine „Feindkartei" angelegt zu haben. Es ist sicher, daß „Sepp" auf der Veranstaltung fotografiert hat und diese Fotos sicher nicht ins Familienalbum kleben wird.

Polen

Denkmal geschändet

Taz 30.8.95, WGA - Bislang unbekannte Täter haben im ostpolnischen Bialystok ein jüdisches Denkmal geschändet. Es ist 2.000 Jüdinnen und Juden gewidmet, die 1941 in der dortigen Synagoge von Nazi-Verbrechern verbrannt worden waren. Bereits im Februar hatten Unbekannte in Warschau ein Denkmal geschändet und mit „Juden Raus" beschmiert. Es stand im Gedenken für die Opfer vom jüdischen Ghetto-Aufstand gegen die Nazis.

Schweiz

Tamilenprotest

Taz 16.8.95 - Mehr als 5.000 Tamilinnen und Tamilen haben am Montag, 14. September '95 in Genf vor dem UNO-Gebäude gegen die Regierung von Sri Lanka und gegen die Abschiebepraxis der Schweizer Behörden demonstriert.

Spanien

Nazis veröffentlichen Todesliste

WaS 27.8.95 - Die Neonazi-Bewegung ***Geschorene Köpfe*** hat eine schwarze Liste mit persönlichen Daten von 100 potientiellen Opfern aufgestellt und veröffentlicht. In der Nazi-Zeitung ***Cirrosis*** wurden neben Namen und Anschriften auch die Berufe und die Familienverhältnisse der als „anormalen Seperatisten" und „Anarchistenschweine" beschimpften Personen abgedruckt. Unter den Veröffentlichten sind Mitglieder der baskischen Jugendorganisation ***Jarrai*** sowie KommunistInnen, Punks, AntifaschistInnen, Homosexuelle, eine baskische Politikerin und ein baskischer Journalist.

Tschechien

Rechtsaußen '94

bnr 15/95 - Einem Bericht des Innenministerium zufolge wurden im Jahre 1994 wegen rassistischen Straftaten 168 Personen strafrechtlich belangt - was auch immer das heißt. In 155 Fällen kam es zu Gerichtsverhandlungen. Die Täter waren meist Nazi-Skins. Die Dunkelziffer liegt jedoch weitaus höher als der Bericht aufzuweisen hat.

Friedhof geschändet

BM, FR 22.8.95 - Bislang unbekannte Täter haben in der westbömischen Stadt Klatovy einen jüdischen Friedhof geschändet. Sie schmierten Hakenkreuze und SS-Zeichen auf die Grabsteine. Bereits Anfang Mai wurde in der ostbömischen Stadt Kralove ein jüdischer Friedhof geschändet und über hundert Grabsteine umgeworfen oder zerstört.

Türkei

Staatsterrorismus

JW 14.9.95 - In der Türkei sind im August '95 nach der türkischen ***Vereinigung für Menschenrechte (IHD)*** 21 Mensche in Polizeigewahrsam umgekommen oder von „Unbekannten" getötet worden. 22 Fälle von Polizeifolter sind bekannt geworden, 174 Menschen säßen wegen „Meinungsverstößen" im Gefängnis. Insgesamt wurden 14 Publikationen beschlagnahmt und fünf Vereinigungen, Gewerkschaften oder Veröffentlichungen verboten. Einen Überblick über Menschenrechtsverletzungen von 1994 findest du in der WGA #7.

USA

Deutscher US-Nazi verhaftet

SZ 16.8.95 - Auf dem Frankfurter Flughafen wurde der seit 46 Jahren in Florida lebende Nazi **Hans Schmidt** (68) wegen eines Haftbefehls des Amtsgerichts Schwerin verhaftet. Dem Herausgeber des ***USA-Reports***, in dem er den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden leugnet und Ausdrücke wie „freimaurer- und judenverseucht" benutzt, wird Anstiftung zum Rassenhaß vorgeworfen. Seine Frau **Rosita Schmidt** bestätigte, daß er auf dem Rückweg einer Deutschlandreise zu seinem Wohnort in Pensacola gewesen war.

Alt-Nazi bleibt Staatsbürger

Tsp 20.9., SZ 21.9.95 - Eine Bundesrichterin bestätigte, daß eine Vergangenheit als Nazi-Verbrecher nicht für den Entzug der US-Staatsbürgerschaft ausreiche. Es geht in diesem Falle um den 73jährigen Deutschen **Georg Lindert**, wobei sich das Justizministerium noch nicht dazu geäußert hat, ob es Berufung einlegt. Ministeriumssprecher Russell sagte: *„Wir sind nicht der Ansicht, daß einer solchen Person der Aufenthalt hier erlaubt sein sollte"*. Der langjährige Fabrikbesitzer Lindert war Mitglied der SS-Totenkopf-Verbände und 1942/43 Wachmann im NS-Konzentrationslager Mauthausen in Österreich, in dem Tausende Menschen von den Nazis, und nicht zuletzt von Lindert, umgebracht wurden!

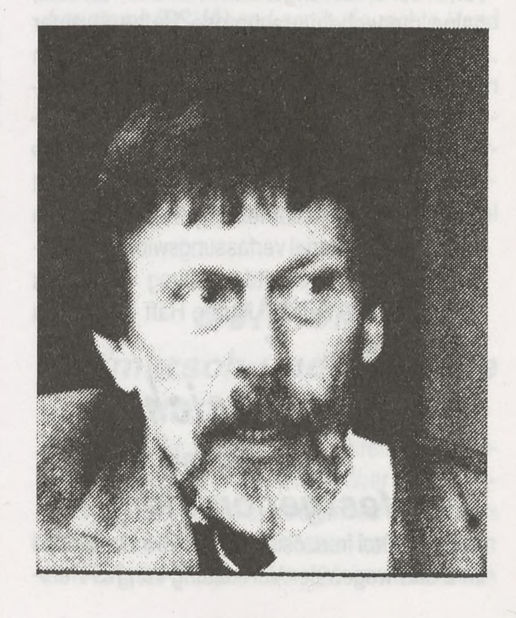
Portrait

Ab dieser Ausgabe haben wir eine neue Rubrik in der „Was geht ab?": Das „Portrait". Darin werden wichtige Personen aus der rechtsextremistischen Szene vorgestellt, die überregionale Bedeutung haben.

Jürgen Rieger

WGA - **Jürgen Rieger** ist einer der bekanntesten und wichtigsten Nazi-Anwälte der Bundesrepublik. Aber nicht nur das, er ist auch ein wichtiger Kader der Nazibewegung mit einer langen Geschichte. Seine „Karriere" in der Nazi-Szene soll hier mal zum Teil dargestellt werden, daß sicher viele Dinge fehlen ist klar. Einen Großteil der Infos haben wir aus der Ausgabe 7 der „Coburger Archiv-Nachrichten" entnommen.

Rieger ist Initiator des ***Deutschen Rechtsbüros***, eine Rechtshilfeorganisation für RechtsextremistInnen aller Coleur. Er ist Mitglied in einer Vielzahl von rechtsextremen Organisationen, so z.B der ***Deutschen Rechtsschutzkasse*** (***DRsK***), einer Prozeßhilfeorganisation. Mitglied war er außerdem in der ***Gesellschaft für freie Publizistik*** (***GfP***), im ***Nordischen Ring***, im ***Freundeskreis Filmkunst***, in der ***Wiking-Jugend*** (***WJ***), in der ***Artgemeinschaft***, im ***Weltbund zum Schutz des Lebens e.V. (WSL)***, im ***Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes*** (***DKEG***), im ***Unabhängigen Freundeskreis*** (***UFK***) und in der ***Nationalistischen Front*** (***NF***). Für diese betätigte er sich als Organisator nach der Wende in der DDR mit Schwerpunkt in Halle. Für die NF erwirbt er auch Grundstücke (z.B über **Thomas Wulff** von der „Nationalen Liste"), wahrscheinlich auch zur Nutzung für Wehrsportübungen. Durch seine rechtsanwaltliche Tätigkeit bekommt er engen Kontakt zu gewalttätigen Neonazis bis hin in alle Führungsebenen der national und international agierenden Faschisten und sonstiger Rechtsausleger. Er verteidigte unter anderen **Michael Kühnen**, **Ernst Zündel** (SS-Obersturmführer des Warschauer Ghettos), **Jürgen Mosler** und die ***ANS/NA***-Führungsclique. Rieger arbeitet unter anderem auch mit



dem Mitglied der „Göttinger Runde", **Hans-Michael Fiedler** zusammen. Rieger war eine zeitlang auch Funktionär der ***NPD*** gewesen. Unter dem Pseudonym **Jürgen Riehl** veröffentlichte er das Buch „Funkenflug - Handbuch für nationale Aktivisten". Das darin angestrebte Konzept (Bewegung statt Partei) wird zum Teil von den „Nationalen" praktiziert.
Hier nun eine (vermutlich unvollständige) Chronologie von Riegers Aktivitäten:
Ab 1968 ist Rieger Aktionist und Mitglied der ***Aktion Oder Neiße*** (***AKON***), einer „Aktionsgemeinschaft" der ***DVU***. Rieger ist presserechtliche Verantwortlicher für zahlreiche rechtsextremistische Flugblätter und -schriften. 1969 wurde Rieger Funktionär im ***Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)***. 1970 war Rieger Mitbegründer und Pressesprecher des ***CSU***-Freundeskreises. Er beging im Rahmen der ***Aktion Widerstand - Brandt an die Wand*** etliche Körperveletzungen und lieferte sich zahlreiche Schlägerauftritte. 1971 war er einer der Mitbeteiligten an der vorgetäuschten Entführung von Prof. **Berthold Rubin** (DVU). 1974 wurde Rieger Rechtsreferant beim Oberlandesgericht Hamburg bis er im November 1974 entlassen wurde. 1974 wurde er zu einer Geldstrafe wegen einer der begangenen Körperverletzungen verurteilt. Einen Freispruch bekam er bei einer Anklage wegen Volksverhetzung. Im August 1974 wurde Rieger Vorsitzender der ***Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV)***. Diese verschickt in Massenauflage pseudowissentschaftliche „Rundbriefe", vorwiegend an LehrerInnen, ErzieherInnen und ÄrztInnen, in denen für „Rassegedanken" und für Anti-AusländerInnen-Kampagnen geworben wird. 1975 fand der erste Kongreß der GfbAEV in Goslar statt. Hier referierte unter anderem der Vorsitzende der „Geslischaft für freie Publizistik" (GfP) und Mitglied des Bundesvorstandes des Witikobundes", **Rolf Kosiek**. Im Oktober 1976 veranstaltete Rieger eine weitere Tagung in Minden. Hier sprach der Apartheidspopulist **F.J. Irsigler** aus Südafrika. 1977 verteidigte Rieger die Familie **Müller**, die damals für die „NS-Kampfgruppe Mainz" aktiv war vor Gericht. Heute betätigten sich die Müllers für die „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene" (HNG). Bei der Familie Müller in Waffensen (Gasthof „Zum Eichenhof") treffen sich immer wieder Faschisten, so z.B. die „Artgemeinschaft. 1977 veröffentlichte Rieger sein erstes Buch: „Rasse - Ein Problem für uns!". Rieger ist mittlerweile ein gerngesehener Referent in rechtsextremistischen Kreisen geworden. Besonders häufig tritt er als Referent in DVU-Zusammenhängen auf. Im September 1977 wurde die DVU-Veranstaltung „Ewig büßen wir für Hitler" unter anderem wegen Riegers Teilnahme verboten. Einige Textpassagen aus seinem Buch gehörten zur Verbotsbegründung. Sein Buch ist als „jugendgefährdentd Schrift" indiziert. Im Januar 1983 mußte Rieger eine Geldstrafe wegen antisemitischer Äußerungen zahlen. 1986 verherrlicht Rieger in der ***Deutschen Nationalzeitung*** (vom DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey) die „Taten der Deutschen Wehrmacht und Waffen-SS". Vom 5. bis zum 7. Dezember 1986 fand das jährliche Treffen der "Artgemeinschaft" in Waffensen statt. Als Redner und Organisator trat auch hier wieder Rieger auf. Neben ihm sind die Mitglieder der „Wiking-Jugend" (WJ) **Wieland Hopfner** (Vorsitzender der „Artgemeinschaft" und Mitglied des „Nordischen Rings"), **Edda Schmidt** (Schriftleiterin des Organs „Der Wikinger"), **Hans Schmidt**, **Sepp Biber**, **Erika Biber** und **Imke Thomas** für das Treffen verantwortlich. In der Nacht vom 3. auf den 4. September 1986 zerstörte ein antifaschistisches Kommando „Gegen Nation und Rasse" die Tagungsräume mittels Brandsätzen. 1987 bekam Rieger einen Freispruch vor dem Bundesgerichtshof in Sachen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. In dem Verfahren gegen den SS-Obersturmbahnführer des Distrikts Warschau argumentiert Rieger: „*Das Warschauer Ghetto ist aus seuchenhygienischen Gründen eingerichtet worden. Es ist fraglich, ob nur ein Jude an Hunger gestorben wäre, wenn es mehr Solidarität unter den Juden gegeben hätte*". Die Freispruchbegründung lautet: Er habe den Sachverhalt aus historischer Sicht des Angeklagten wiedergegeben. Am 6.9.1987 fand ein Brandanschlag auf die Tagungsstätte der GfbAEV in Lippoldsberg (Hotel „Anker") und den Pkw von Rieger durch das „Antifaschistische Kommando Janusz Korczak" statt. 1990 war Rieger Mitintiator des Bündnisses ***Hamburger Bürgerforum für deutsche Einheit*** bestehend aus Mitgliedern von NPD, REP und Nationale Liste (NL). In einem von Rieger erworbenen Haus in Hetendorf finden jährlich die „Tage volkstreuer Jugend" unter Beteiligung von WJ und FAP statt. Der Ankauf eines weiteren Anwesens scheitert am Protest etlicher BürgerInnen. Am 21.4.1990 setzte Rieger den Revisionisten-Kongreß „Wahrheit macht frei - Schluß mit der Siegerpropaganda" in München durch. 800 Leute besuchten den hauptsächlich von **Ewald Althans** und **Christian Worch** organisierten Kongreß. Hauptredner war **David Irving**. Am 6.4.1991 hielt Rieger auf dem „Bundestreffen der Nationalistischen Front" einen zweieinhalbstündigen Vortrag zum Thema „Errettung des deutschen Volkes". Er erklärte: „*Wir müssen den Ausländern den Aufenthalt so unangenehm wie möglich machen*" und forderte „*Brandanschläge auf Asylantenheime*". Im August 1990 war Rieger der Anmelder des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches" in Bayreuth und Hauptredner auf der Kundgebung. Auch 1993 war er Mitorganisator des „Gedenkmarsches" in Fulda. Pfingsten 1994 veranstaltete die WJ einen Aufmarsch und ein Pfingstlager in Hetendorf. Ca. 300 TeilnehmerInnen aus allen Ecken der Nazi-Szene trafen sich zu den „40 Jahren volkstreue Jugend". Gastgeber war der ***Heide-Heim e.V.***, vertreten durch Rieger. Im Juni 1994 fand die „4. Hetendorfer Tagungswoche" mit ca. 200 Faschisten statt. Unter den zwei Dutzend ReferentInnen befand sich Rieger, **Frank Rennicke** und **Wolfgang Juchem** (DL). Im März 1995 verteidigte Rieger die beiden Nazis **Andre Goertz** und **Jens Siefert**, sie hatten im Zusammenhang mit den Massenmorden der Nazis vom „Auschwitz-Mhytos" gesprochen (siehe WGA #4). Die beiden wurden freigesprochen. Am Ende eines dieser Prozeßtage wurde Rieger im August vor dem Gericht von Antifas verprügelt. Die Staatsanwaltschaft Hamburg leitete im Februar 1995 gegen Rieger ein Ehrengerichtsverfahren ein. Es wird geprüft, ob er sich bei dem Verfahren gegen Mosler standeswidrig verhalten hat (WGA #4). Im Mai 1995 verteidigte Rieger den NPD-Funktionär **Heinrich Förster**. Dieser hatte einen Überfall auf ein Flüchtlingsheim organisiert und Tote dabei billigend in Kauf genommen (WGA #6).

Index der #9

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte

Nicht vergessen:

Am **20. Oktober '95** ist **Redaktionsschluß** der **Was geht ab?**